Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 3 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zł. Bei Postbezug monatl. 3,11 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zł. Danzig 3 Guld. Deutschland 2,5 Rentenmark. — **Einzelnummer 20 Groschen.** — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 %, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 153. **Bromberg, Sonnabend den 5. Juli 1924.** **48. Jahrg.**

Prowokacja!

Provokation: das war der Aufschrei, mit dem in der Mittwoch-Sitzung der Verfassungskommission die sämtlichen Sprecher der völkischen Minderheiten auf drei gemeinsam zur Beratung gestellte Gesetzentwürfe antworteten. Drei Entwürfe, angeblich dazu bestimmt, die den Minderheiten gewährten konstitutionellen Garantien gesetzlich zu umgrenzen. Ein Entwurf über die Sprache bei den Verwaltungsbehörden und in den Gemeindekörperschaften, ein zweiter Entwurf mit „einigen" Bestimmungen über die Organisation des Schulwesens, und endlich ein dritter Entwurf über die Sprache bei den Gerichten, den Staatsanwaltschaftsbehörden und den Notaren. Mit großem Tam-Tam hatte man die Aktion eingeleitet, die der Welt die vorbildliche Toleranz des polnischen Staates in hellstem Lichte zeigen sollte. In Erwartung des frohen Ereignisses hatten sich die Ministerien aus den Kreisen der großen polnischen Sejmparteien Geburtshelfer verschrieben. An ihrer Spitze Herrn Thugutt. Der hatte auf einer Auslandsreise Herz und Sinn geweitet. Jenseits der Grenzen reichlich gespeist mit guten Lehren und Anweisungen über die Behandlung völkischer Minderheiten, schien er besonders qualifiziert, das Minderheitenproblem in Polen einer vernünftigen Lösung entgegenzuführen. Aber Herr Thugutt hat sich über Nacht nicht aus einem Saulus in einen Paulus gewandelt. Er und seine Sejmkollegen sind dieselben geblieben, und so konnten unter ihren Händen statt der erwarteten drei Sonntagskinder nur lebensunfähige Cretins zur Welt befördert werden. Die bunten Lappen nutzten nichts, mit denen die Geburtshelfer das klägliche Produkt ihres Könnens zu umhüllen suchten. Ukrainer, Weißrussen, Juden und Deutsche rissen unbarmherzig die Lappen von den dürftigen Leibern und wiesen mit rauher Hand auf alle Schwächen der drei aus dem Schoße der Regierung entsprossenen Kümmerlinge. Übergang zur Tagesordnung: das war der Antrag, mit dem die Minderheitenvertreter der Regierung für die drei Gesetzentwürfe quittierten.

Der Antrag fand zwar in der Kommission keine Mehrheit, dennoch hallt er nach wie eine Siegesfanfare. **Die Regierung hatte die Gesetzentwürfe aufgebaut auf dem Grundsatze „divide et impera". Und das Ergebnis? Die Zusammenschweißung der völkischen Minderheiten zu einer starken Phalanx. Der „blok mniejszości", seit den Wahlen nur noch ein bloßer Schemen, ist zu neuem Leben erwacht.** Aus allen Reden der Minderheitenvertreter klang immer wieder der Gedanke heraus, daß nur bei engstem Zusammenschluß der Todesstoß aufgefangen werden kann, der gegen die Minderheiten geführt werden sollte. Wie die gesamte bisherige Minderheitenpolitik, so waren auch die drei genannten Gesetzentwürfe von dem Gedanken getragen, daß der Fremdstämmige erst dann zu einem brauchbaren Staatsbürger wird, wenn er sein Volkstum aufgibt. So ist Sinn und Ziel des vorgelegten Schulgesetzentwurfes für die Ostgebiete, die Schule der Vernichtung des fremden Volkstums dienstbar zu machen. Für die Deutschen und Juden ist dort die Minderheitsschule überhaupt nicht vorgesehen. Für die Ukrainer und Weißrussen aber soll als Norm die ultraquistische Schule gelten, d. h. eine Schule, in der polnische Kinder und Kinder der fremdstämmigen Bevölkerung gemeinsam unterrichtet werden. Und zwar soll das Polnische in diesen Schulen nicht nur Lehrfach sein, sondern auch Geschichte, Geographie und Bürgerkunde sollen in polnischer Sprache gelehrt werden. Ein Zerrbild der Minderheitsschule!

Kein Wunder, daß sowohl Ukrainer wie Weißrussen mit aller Entschiedenheit den Regierungsentwurf ablehnten und daß der jüdische Abgeordnete Grünbaum von der hohen Warte einer vieltausendjährigen Geschichte seines Volkes an die polnischen Kollegen **die dringende Mahnung richtete, durch eine falsche Einstellung gegenüber der Psyche der völkischen Minderheiten nicht das Gefüge des polnischen Staates zu gefährden.** Seine Warnung fand taube Ohren. Die Herrendoktrin spukt weiter in den Köpfen der polnischen Kommissionsmitglieder. So mögen sie allein die drei Gesetzentwürfe durchberaten. **Die Vertreter der völkischen Minderheiten werden am Beratungstische nicht mehr erscheinen.**

Die Sprachengesetze in den Ostgebieten.

Ein Minderheitsgesetz gegen die Minderheiten.

Warschau, 4. Juli. PAT. Die Verfassungskommission des Sejm, die gestern unter dem Vorsitz des Abg. Głąbiński (Nat. Volksverband) zusamentrat, beschäftigte sich mit den Gesetzentwürfen über die Landes- und die Amtssprache bei den Staats- und Selbstverwaltungsbehörden, die Sprache bei Gericht, den Staatsanwaltsbehörden und Notariaten, sowie über einige Bestimmungen über die Organisation des Schulwesens. Das Referat für das Gesetz betreffend die Landessprache erstattete der Abg. Thugutt (Wyzwolenie), worauf im Namen der P. P. S. sich der Abg. Daszyński für die beiden Sprachengesetze mit gewissen Änderungen aussprach und den Antrag stellte, das Gesetz über die Organisation des Schulwesens der Unterrichtskommission zurückzugeben.

In einem längeren Referat behauptete der Abg. Kiernik (Piast), daß das Gesetz alle nationalen Minderheiten umfasse und die Frage in einem für sie günstigen Sinne normiere. Auf die Verhältnisse in Litauen und in der Tschechoslowakei eingehend, gab der Redner seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß die nationalen Minderheiten in diesen Ländern nicht allein keine gleichen Rechte haben, sondern daß sogar in Litauen ein Verbot des Gebrauchs der polnischen Sprache bestehe. Der Referent bemerkte weiter, daß der Gesetzentwurf nicht die Fragen der deutschen Minderheit regele, und zwar mit Rücksicht darauf, daß diese bereits in Oberschlesien durch das Genfer Abkommen und im ehemals preußischen Teilgebiet durch die bestehenden Gesetze geregelt (?) worden seien. — Das Referat über den Gesetzentwurf betreffend die Organisation des Schulwesens erstattete der Abg. Stanisław Grabski, welcher feststellte, daß er bei den Arbeiten der Kommission nicht Vertreter seines Klubs gewesen sei und der Entwurf das Ergebnis eines Kompromisses darstelle, das ein Zusammenleben sämtlicher Nationalitäten und den Bruch mit der Tendenz der sich bekämpfenden und gegenseitig verzehrenden Nationalisten ermöglichen sollte. In der Abstimmung wurde der Antrag des Abg. Daszyński auf Zurückverweisung des Gesetzes über das Schulwesen an die Unterrichtskommission abgelehnt, wobei der Abg. Grünbaum vom Jüdischen Klub im Namen aller nationalen Minderheiten die Stimmenthaltung ankündigte. Hierauf sprach der Abg. Chrucki (Ukr.), der in heftigen Worten gegen diese drei Entwürfe protestierte. Er wurde vom Vorsitzenden der Kommission wiederholt zur Ordnung gerufen. Abg. Reich (Jüdischer Klub) kritisierte ebenfalls die Regierungsvorlagen und kündigte an, daß sein Klub eine oppositionelle Haltung einnehmen werde.

Der Unterrichtsminister Miklaszewski trat der Behauptung entgegen, als ob der Gesetzentwurf unter dem Druck von außerhalb eingebracht worden wäre. Die Regierung konnte, sagte er, nicht unter dem Druck der bevorstehenden Session des Völkerbundes handeln, da die Arbeiten an dem Projekt schon im Januar d. J. begonnen heben.

Der Abg. Utta vom Deutschen Klub widmete den deutschen Kolonisten, die sich im ehemals russischen Teilgebiet angesiedelt haben, längere Ausführungen. Der Redner erklärte, daß die deutschen Kolonisten loyal ihre Pflichten gegenüber dem Staat erfüllen, und daß sie auch weiter loyale Bürger sein wollen.

Eine längere Rede hielt der Abg. Grünbaum, der gegenüber den eingebrachten Gesetzentwürfen einen oppositionellen Standpunkt einnahm, und zum Schluß ergriff das Wort der weißrussische Abg. Taraszkiewicz, der schließlich den Antrag stellte, **über diese Gesetzentwürfe zur Tagesordnung überzugehen.** Der Antrag wurde gegen die Stimmen der sämtlichen nationalen Minderheiten abgelehnt.

Damit war die allgemeine Diskussion erschöpft, und die Sitzung wurde auf den heutigen Freitag vertagt.

Die Entschädigung der annullierten Ansiedler.

Von der deutschen Fraktion im Sejm und Senat erhalten wir folgende Mitteilung:

Der Völkerbundrat hat in seiner Sitzung vom 17. Juni 1924 das Abkommen gebilligt, das über die Entschädigung der durch das Gesetz vom 14. Juli 1920 annullierten Ansiedler zwischen der polnischen Regierung und der sogenannten Dreierkommission des Völkerbundrats getroffen wurde.

Die wesentlichen Bestimmungen dieses Abkommens ergeben folgendes Bild:

1. Zunächst ist eine Entschädigungssumme von 2 700 000 Złoty ausgeworfen. An dieser Summe partizipieren 500 annullierte Ansiedler, und zwar in der Weise, daß die Rentenansiedler durchschnittlich doppelt so viel erhalten, wie die Pachtansiedler. Falls unterstellt werden darf, daß die 500 Ansiedler sich in dem gleichen Verhältnis aus Renten- und Pachtansiedlern zusammensetzen, das für die Entschädigungsvorschläge der polnischen Regierung maßgebend war — 230 Rentenansiedler zu 30 Pachtansiedlern — so würde auf den einzelnen Rentenansiedler eine Durchschnittsentschädigung von ca. 5775 Zł., und auf den einzelnen Pachtansiedler eine Durchschnittsentschädigung von ca. 2888 Złoty entfallen.

2. Die Verteilung der ausgeworfenen Gesamtsumme übernimmt eine vom Minister für Landreform zu ernennende Vertrauensperson. Diese Vertrauensperson hat sich mit den interessierten Ansiedlern oder mit ihren Spezial- oder Kollektivvertretern in Verbindung zu setzen. Die Ernennnung ist bisher noch nicht erfolgt.

3. Die interessierten Ansiedler müssen bis spätestens zum 17. September 1924 im Büro der Vertrauensperson ihre Ansprüche anmelden. Und zwar unter Beifügung von Dokumenten, aus denen ersichtlich ist, daß der Petent am Tage, an dem er „annulliert" wurde, das polnische Bürgerrecht besaß.

4. Soweit der deutschen Sejmfraktion bekannt ist, betrachten sich etwa 1400 der annullierten Ansiedler als polnische Staatsbürger. Wenn zunächst nur für rund 500 Ansiedler eine Entschädigung ausgeworfen wurde, so deshalb, weil nach Auffassung der polnischen Regierung bei nur etwa 500 annullierten Ansiedlern das polnische Staatsbürgerrecht außer Zweifel steht. Die Staatszugehörigkeit der übrigen wird erst durch die einschlägigen deutsch-polnischen Verhandlungen, bzw. durch den Schiedsspruch des Herrn Kaeckenbeck festgestellt. Für alle diese läuft die zweimonatige Frist zur Anmeldung ihrer Ansprüche von dem Tage, an dem das deutsch-polnische Abkommen bzw. der Kaeckenbeckische Schiedsspruch in Kraft tritt.

Da nun die meisten der Ansiedler kaum selbst werden entscheiden können, ob sie am Annullationstage schon auf Grund der bestehenden internationalen Verträge und Entscheidungen als polnische Staatsbürger zu gelten hatten, oder ob erst die Wiener Verhandlungen die Entscheidung über ihre Staatszugehörigkeit bringen, wird jeder einzelne gut daran tun, schon bis zum 17. September d. J. seine Ansprüche anzumelden, und gleichzeitig den Nachweis zu erbringen suchen, daß er am Annullationstage das polnische Staatsbürgerrecht besaß.

5. Selbstverständlich haben alle Ansiedler, denen am Annullationstage das polnische Staatsbürgerrecht zustand, auch Anspruch auf Entschädigung. Insoweit sich also mehr als 500 Ansiedler endgültig als polnische Staatsbürger ausweisen sollten, wird die jetzt ausgeworfene Entschädigungssumme von 2 700 000 Złoty entsprechend erhöht.

6. Da die weitaus meisten der annullierten Ansiedler unter dem Zwange der Verhältnisse abgewandert sind, ist es Ehrenpflicht der zurückgebliebenen Verwandten, Freunde und Nachbarn, ihnen unverzüglich vorstehende Ausführungen zugänglich zu machen.

7. Eventuelle Anfragen sind an die Sejmbureaus Bydgosz, ul. 20. Stycznia Nr. 37, und Poznań, Wały Leszczyńskiego 2, zu richten.

Der Złoty (Gulden) am 4. Juli

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar =	5,21—5,23	Złoty
	100 Złoty =	111	Gulden
Warschau:	1 Dollar =	5,21	Złoty
	1 Danz. Guld. =	0,91	Złoty
	Rentenmark . . =	1,26	Złoty

Das Schicksal des Kabinetts Grasbki.

Der Standpunkt der Sejmklubs zum Ermächtigungsgesetz und den Sprachengesetzen in den Ostgebieten.

Warschau, 4. Juli. Der **Klub der Piasten** beriet gestern über den Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung und Erweiterung der Vollmachten für die Regierung sowie über das geplante Sprachengesetz in den Ostgebieten. Nach einer erschöpfenden Diskussion erklärte sich der Klub für die Erteilung der Vollmachten im engsten Rahmen der Finanzsanierung. Vollmachten, die diesen Rahmen überschreiten, sollen nicht die Unterstützung des Klubs finden. Was die Sprachengesetze betrifft, wurde beschlossen, grundsätzlich für die Gesetze zu stimmen, sofern andere Klubs keine Verbesserungen einbringen. Zum Schluß besprach man das Verhältnis des Klubs zu der Person des Unterrichtsministers Miklaszewski. Welchen Standpunkt der Klub in dieser Frage einzunehmen hat, soll in einer heutigen Besprechung festgelegt werden.

Am gestrigen Tage berieten bis in die späte Nacht hinein auch die Klubs der **P. S. L.**, der **Wyzwolenie-Gruppe** und der **Volkseinheit.** Über das Sprachengesetz referierte der Abg. Thugutt. Man einigte sich dahin, für das Gesetz mit dem Vorbehalt zu stimmen, daß die Wyzwolenie-Gruppe, sofern andere Klubs Verbesserungen zu dem Gesetz beantragen sollten, ihrerseits mit Verbesserungen hervortreten werde. In bezug auf das Ermächtigungsgesetz beschloß der Klub, grundsätzlich für das Gesetz zu stimmen, beauftragte jedoch die Mitglieder der Budget- und Finanzkommission, eine Reihe von Artikeln im Regierungsentwurf abzulehnen. In erster Linie sprach sich der Klub gegen die Aufhebung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten aus und verwarf auch den Plan der Verringerung der Besoldungen der Staatsbeamten. Zum Schluß wurde in geheimer Abstimmung die Resignation des Abg. Poniatowski von dem Amt eines Vizemarschalls abgelehnt.

Im **Klub der Nationalen Volkspartei** wurde der Beschluß gefaßt, für die Verlängerung und Erweiterung des Ermächtigungsgesetzes sowie auch für das Spachengesetz zu stimmen. Die P. P. S. machte in der gestrigen Sitzung der Kommission eine Reihe von Gegenvorschlägen, und von deren Annahme will sie ihre Stellung zu dem Ermächtigungsgesetz abhängig machen.

Wie sich die Lodzer „Republika" aus Warschau melden läßt, berieten am Mittwoch auch **sämtliche Klubs der nationalen Minderheiten.** In stundenlangen Debatten beschäftigte man sich mit der gegenüber den Sprachengesetzen einzunehmenden Taktik, und man einigte sich dahin, daß die nationalen Minderheiten gegen die Vorlagen der Regierung einen oppositionellen Standpunkt einnehmen werden. Der Abg. Reich erklärte dem Korrespondenten desselben Blattes, der Jüdische Klub werde gegen die Sprachengesetze mit Rücksicht darauf stimmen, daß sie die jüdische Bevölkerung boykottierten. Auch gegen das Ermächtigungsgesetz werde der Klub einen ablehnenden Standpunkt einnehmen. Dies ergebe sich aus der bisherigen Taktik gegenüber dem Ministerpräsidenten Grabski. — Abg. Taraszkiewicz erklärte, der Weißrussische Klub werde gegenüber dem Regierungsentwurf in eine loyale Opposition treten.

Das Ermächtigungsgesetz in der Kommission.

(Von unserer Warschauer Redaktion.)

Die vereinigte Finanz- und Budgetkommission trat gestern in die Beratung über das vom Ministerpräsidenten Grabski so sehr herbeigesehnte Ermächtigungsgesetz ein. Der Referent Chądzinski, dem seitens des Marschalls die Berichterstattung übertragen wurde, führte zunächst die Ursachen an, welche die Regierung zur Einbringung dieses Gesetzes veranlaßt hätten und beleuchtete dann in sachlicher aber kritischer Weise die einzelnen Forderungen.

Da sich zur allgemeinen Debatte niemand zum Wort meldete, wurde gleich in die Spezialdebatte eingegangen. Bei den Rednern zeigte sich im allgemeinen ein gewisses, berechtigtes Mißtrauen gegen die verlangten und bei der unklaren Stilisierung leicht zu Mißbräuchen Anlaß gebenden Ermächtigungen. Die Debatte zu jedem Punkte gestaltete sich sehr lang, so daß kaum die ersten fünf Punkte des 1. Art. beschlossen werden konnten.

Den scharfen Angriffen seitens der Linken begegnete Premier Grabski. Er führte aus, daß die Frage des Budgetgleichgewichts im Jahre 1924 von vielen Umständen abhängig sei, die erst nach einem Jahresüberblick richtig abgeschätzt werden könnten. Auf der Grundlage aller in diesem Jahre aus den Verhältnissen sich ergebenden Budgetmaßnahmen ergebe sich erst die Möglichkeit der Aufstellung eines reellen Budgets für 1925. Unsere finanzielle Situation ist immer noch schwierig. Eine Steuererhöhung, wie sie im ersten Halbjahr mit Hilfe der Vollmachten ausgeführt wurde, ist weiterhin nicht möglich, daher hat das Ministerium in dem vorliegenden Gesetzentwurf die Ermächtigung für Steuererhöhungen nicht verlangt. Wir können daher nur auf dem Wege der Sparsamkeit, das heißt der Einschränkung überflüssiger Ausgaben, allein zu einem finanziellen Gleich-

gewicht gelangen. Die Ergebnisse der Einkommensteuer sind nicht zufriedenstellend. Das Ministerium muß zu strengen Maßnahmen greifen, um die Säumigen zur Pflicht gegenüber dem Staate zu führen.

Abg. Frostig beleuchtet in ruhiger, sachlicher Weise die Ergebnisse des Ermächtigungsgesetzes im ersten Halbjahr. Er stellt fest, daß auf Grund des Gesetzes nicht weniger als 89 Verordnungen erlassen worden seien, von diesen allein 21 am letzten Tage seiner Wirksamkeit. Er tadelt es, daß bereits geltende Gesetze, wenn die Beschlüsse nicht dem Wunsche Grabskis entsprachen, einfach durch plötzlich erscheinende Verordnungen als überflüssig hingestellt wurden. So hat die Ermächtigung störend und willkürlich in die Legislative des Sejm eingegriffen. So lange wir in Polen nur auf Grund der Ermächtigung und nicht auf Grund der Gesetze arbeiten, werden wir das Vertrauen des Auslandes nicht haben.

Die Besprechung wurde hierauf abgebrochen.

Das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung.

(Fortsetzung der Sejmsitzung vom 2. Juli.)

Warschau, 3. Juli. Nach Annahme des Gesetzes über die Advokatur in zweiter Lesung schritt man zur Beratung über das Gesetz einer Versicherung im Falle der Arbeitslosigkeit. Der Berichterstatter der Kommission Abg. Puchalka (Christl. Demokratie) hob die große Bedeutung der Arbeitslosenversicherung in Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hervor. Der Referent teilte nicht den Optimismus des Ministerpräsidenten Grabski und sagte, daß die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen ganz bedeutend größer sei, als die vom Ministerpräsidenten angegebene. Die Krisis werde sehr lange dauern und daher sei es durchaus nötig, ein Gesetz zu schaffen, das den Arbeitslosen wenigstens eine notdürftige Existenz sichert.

Nach den Ausführungen des Referenten sprach Vizeminister Markowski, der sich gegen den Kommissionsantrag aussprach, die Beteiligung der Regierung an dem Versicherungsfonds von 40 auf 50 Prozent zu erhöhen.

Hierauf setzte die Debatte ein, in der als einziger Redner der kommunistische Abgeordnete Królikowski das Wort ergriff. Vor Beginn seiner Ausführungen wies der Sejmmarschall darauf hin, daß die Diskussion vorläufig sich nur auf den Art. 1 des Gesetzes beziehen dürfe und er nicht dulden werde, daß der Redner vom Thema abweicht. Królikowski begann jedoch seine Rede mit der Arbeitslosigkeit im allgemeinen, deren Hauptursache er in dem System der kapitalistischen Wirtschaft erblickt. Trotz der wiederholten Mahnungen des Marschalls, zur Sache zu sprechen, verbreitete sich der Redner in allgemeinen Zügen über die Arbeitslosigkeit und das kapitalistische System, so daß ihm das Wort entzogen wurde. Królikowski sprach jedoch weiter, auch dann, als der Marschall seine Ausschließung von der Sitzung ankündigte. Der Marschall machte schließlich der Kammer den Vorschlag, den Abg. Królikowski auf einen Monat auszuschließen und dieser Vorschlag ging mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums durch. Erst jetzt verließ Królikowski die Tribüne und den Saal.

Das Gesetz wurde im allgemeinen in dem ursprünglich durch den Sejm beschlossenen Wortlaut angenommen, nur in einigen Punkten gelang es der Rechten, ihre Anträge durchzubringen. Mit 144 gegen 143 Stimmen gelangte die „Verbesserung" zur Annahme, nach welcher der Abschnitt gestrichen wird, der den Ministerpräsidenten bevollmächtigt, das Gesetz auch auf die Büroangestellten auszudehnen. Diese sogenannte Verbesserung wäre abgelehnt worden, wenn die Wyzwolenie-Gruppe nicht einen Teil ihrer Mitglieder an das Büfett kommandiert hätte. Angenommen wurde ferner ein Antrag des Abg. Rudnicki (Nat. Volksverband), die Versicherung nur auf Unternehmungen auszudehnen, die mehr als 5 Arbeiter beschäftigen. Auf einen Antrag des Abg. Pawłowski (Gruppe Bryl) wurden die Unterstützungen für Arbeitslose reduziert. Das Ergebnis dieser Abstimmung rief auf den Bänken der PPS. und der NPR. langanhaltende Entrüstungsrufe hervor. Hierauf wurde die Sitzung abgebrochen, ohne daß die Tagesordnung, auf der noch u. a. die Anträge der Abgg. Rosmarin und Gruszka in der Frage der Paßgebühren standen, erledigt wurde.

Das Budget des Unterrichtsministeriums angenommen.

Warschau, 4. Juli. PAT. In der gestrigen Sitzung des Sejm wurde die Debatte über das Budget des Unterrichtsministeriums beendet. Als erster ergriff der Abg. Kornecki (Nat. Volksverband) das Wort, der die Meinung vertrat, daß der Standpunkt der Nationalen Minderheiten nicht gerechtfertigt sei, da die Bildungsfragen gerade zu denjenigen gehörten, über die sich sämtliche Gruppierungen einigen könnten. Polen berücksichtige die Rechte anderer Nationalitäten wie kein anderer Staat. Die Juden würden in den Schulen nicht benachteiligt, da sie 11 Prozent der Bevölkerung des ganzen Staates ausmachen und kaum 15 Prozent Analphabeten haben. In den Mittelschulen befinden sich 23 Prozent, in den höheren Schulen 25 Prozent jüdischer Schüler. Die jüdische Politik ist auch weiterhin auf die Interessen ihrer in der ganzen Welt verbreiteten Organisation eingestellt und gehe nicht auf den inneren Boden ein. Auch die Religionsbedürfnisse des ruthenischen Volkes seien im Budget in einem günstigen Sinne berücksichtigt worden. Der Klub des Redners werde keine Schmälerung der Rechte der Kirche zulassen, die die Wächterin der moralischen Kraft des polnischen Volkes sei. Mit Rücksicht darauf sei er entschiedener Gegner der Trennung der Kirche vom Staat. Der Abg. Potoczek (Piast) brachte eine Resolution ein, in der gefordert wird, daß die bäuerlichen Kinder ebenso wie die Kinder der anderen Stände in die Mittelschulen aufgenommen werden. Der Berichterstatter Abg. Rymar (Nat. Volksverband) ging auf die Vorwürfe ein, die während der Diskussion durch die Nationalen Minderheiten gegen das Unterrichtsministerium erhoben wurden und betonte, daß über das Bildungsbedürfnis stets die Stufe der Entwicklung des privaten Schulwesens zeuge. Die weißrussische Bevölkerung z. B. besitze auch nicht eine einzige private Volksschule und zwei Gymnasien leiden gegenwärtig an großem Schülermangel.

In der Abstimmung über das Budget des Unterrichtsministeriums wurde der Antrag des Abg. Nowicki (Wyzwolenie) auf Streichung der Besoldung des Vizeministers angenommen. Hierauf gelangte die gesamte neue Tabelle der Ausgaben im Budget dieses Ministeriums zur Annahme.

Das anstößige „Graudenz".

Wir haben unlängst — in Nr. 128 der „Deutschen Rundschau" — davon Notiz genommen, daß der polnische Konsul in Hamburg die alte Bezeichnung „Bromberg" für „Bydgoszcz" selbst im Westen des Deutschen Reiches, wo man über die Namensänderungen in Polen naturgemäß nur wenig orientiert sein kann, für anstößig hält. In dieser Empfindlichkeit, die nach unserer Meinung gewiß einem Führer des berühmten Westmarkenvereins alle Ehre macht, weniger jedoch einem diplomatischen Vertreter unserer Republik, liegt anscheinend Methode; denn nach „Bromberg" ist auch „Graudenz" im Hamburger Konsulat anstößig geworden, wie aus folgendem Briefwechsel erhellt, der den „Hamburger Nachrichten" von einem Lübecker Anwalts- und Notariatsbureau zur Verfügung gestellt wird:

„Für die Auseinandersetzung eines Nachlasses hatte ich die Todesurkunde der in Graudenz im Oktober 1911 verstorbenen Witwe Frau T. nötig. Mit einer Eingabe vom 22. Februar wandte ich mich an die Stadtverwaltung in Graudenz in Polen und beantragte, mir die Sterbeurkunde auszufertigen und zu übersenden. Am 12. März erhielt ich von dem polnischen Konsul in Hamburg den Bescheid, es sei für mich die angeforderte „Geburtsurkunde" eingegangen und gegen Zahlung von 35 Rentenmark einzulösen. Dieses amtliche Schreiben des Konsulats trägt im Kopf den folgenden gedruckten Vermerk:

„Konsulat Rzeczypospolite Polskiej W Hamburgu. Okrej Konsularny: Brema. Hamburg. Lubeka, Szelzwik-Holsztyn, Oldenburgia, rejencje prowincji Hannnwerskiej: Lüneburg i Stade."

In meiner Antwort machte ich darauf aufmerksam, daß ein Irrtum vorliegen müsse, da nicht die Geburtsurkunde, sondern die Sterbeurkunde von mir angefordert sei. Hierauf ging folgendes Schreiben, datiert vom 26. März 1924, bei mir ein:

„Das Dokument, das für Sie h. a. eingelangt ist, ist die Sterbeurkunde der Frau J. T.; die Erwähnung von einer Geburtsurkunde im h. a. Schreiben vom 12. III. d. J. Nr. 16 087/2342/24 auf Irrtum beruht.

Es ist aber noch ein Irrtum vorhanden, der aufgeklärt werden muß.

Die Sterbeurkunde ist vom Standesamt in Grudziądz eigelangt. Sie schreibe aber, daß Sie beim Standesamt in „Graudenz" die Ausstellung beantragt haben. Da es aber in Polen keine Stadt „Graudenz" gibt, ist es dem Konsulate unklar, warum sie diesen Namen nennen, da die eingelangte Urkunde von Grudziadz stammt. Sollten Sie tatsächlich von Grudziadz (Standesamt) die Urkunde brauchen, so wird ersucht, dies genau aufzuklären, widrigenfalls das Konsulat die Urkunde der Ausstellungsbehörde zurückschicken müßte."

Ich übersandte die 35 Goldmark und bemerkte in meinem Antwortschreiben folgendes:

„........ Der von Ihnen bemerkte Irrtum ist tatsächlich nicht vorhanden. Graudenz bildet die deutsche Übersetzung für Grudziadz. Wie Sie bei Ihrem eigenen Schreiben auch die deutschen Städtenamen in das polnische übersetzen, in der gleichen Art haben wir im deutschen Text auch die fragliche Stadt in das Deutsche übersetzt..."

Hierauf rechtfertigte sich das polnische Konsulat durch Schreiben vom 10. April 1924, welches wie folgt lautet:

„......Ihre Bemerkungen über die angebliche Übersetzung deutscher Ortsnamen auf polnische und vice versa beruhen auf unzutrefflichen Informationen, denn in den Amtsschreiben werden stets von den polnischen Ämter zur Bezeichnung der polnischen Ortschaften die polnischen Namen und der deutschen Ortschaften die deutschen gebraucht. Eine „Übersetzung" findet nicht statt; demzufolge wird auch z. B. im Amtsschreiben Ihre Heimatstadt immer nur „Lübeck" geschrieben, obwohl bei einer Übersetzung der polnische Name „Lubeka" anzuwenden wäre.

Zwecks Vermeidung von Verzögerungen sind nur die richtigen polnischen Namen der Ortschaften anzugeben, da widrigenfalls die Angelegenheit nicht erledigt werden kann, was natürlich nur zum Schaden der Partei gereichen würde."

Die Korrespondenz schließt ab mit meinem Schreiben vom 17. April 1924 folgenden Inhalts:

„In der Nachlaßsache M. bestätige ich dankend den Eingang der Sterbeurkunde von Frau J. T. geb. M.

Ich kann jedoch nicht umhin, nach wie vor zu betonen, daß der von Ihnen im Schreiben vom 26. März 1924 erwähnte „Irrtum" über Graudenz nicht besteht. Zur Erklärung meiner Auffassung im Schreiben vom 26. März 1924 darf ich Sie gütigst verweisen auf den eigenen Vordruck in Ihrem Schreiben vom 12. März 1924. Der Bezirk Ihres geschätzten Konsulates ist hier in polnischer Sprache angegeben und lautet wie folgt:

„Okrej Konsulary: Brema, Hamburg, Lubeka, Szlezwik-Holsztyn, Oldenburgja, rejencje, prowincji, Hannowerskiej: Lüneburg i. Stade."

Was Ihnen Recht ist, wird mir zum mindesten billig sein. Im übrigen werden Sie ja auch als Konsul im Deutschen Reich heute noch in der Lage sein, den Städtenamen Grudziądz in das Deutsche mit Graudenz übersetzen zu können, so daß meines Erachtens ein Irrtum für Sie niemals daraus erwachsen könnte."

*

Aus der Geschichte von Graudenz.

Wir benutzen diese Wiedergabe eines ohne Kommentar verständlichen Briefwechsels, um dem Herrn Konsul von Hamburg und nicht nur diesem allein einige geschichtliche Daten ins Gedächtnis zu bringen, die es verständlich erscheinen lassen, daß der Name Graudenz in der nichtpolnischen Welt bekannter sein muß als der Name Grudziądz. (Bei der preußischen Okkupation vor 150 Jahren wartete man selbst im Inlande ein Menschenalter und länger mit den Tauffeierlichkeiten für neue Städtenamen!)

Auch der Herr Stadtpräsident von Grudziądz, der allerdings nicht dem ehemals preußischen Teilgebiet, sondern Kongreßpolen entstammt, ist in dieser Hinsicht in einem schweren geschichtlichen Irrtum befangen. Unlängst erwähnte er nämlich bei der Begrüßung des Herrn Staatschefs anläßlich dessen Besuchs in der Stadt Graudenz, daß dieses 150 Jahre hindurch „mit Perfidie und Überanstrengung germanisiert sei," aber daß der polnische Geist sich trotz Verfolgung behauptet und die Stadt mit wunderbarer Schnelligkeit seinen **altpolnischen** Charakter angenommen habe.

Diese Ausführungen zwingen zur Entgegnung.

Graudenz ist dem Namen nach erst seit dem Jahre 1226 bekannt. Es lag damals in preußischem, nicht in polnischem Gebiet.

1230 erscheint der deutsche Ritterorden, der die Eroberung und Besiedlung zunächst des Kulmerlandes in Angriff nahm.

1251 ist Graudenz Sitz eines Komturs des deutschen Ritterordens.

1291 erhält Graudenz als deutsche Siedlung die Stadtrechte durch den Orden verliehen.

Diese deutsche Gründung hat niemals aufgehört, deutsch zu sein. Daran änderte auch nichts der Zeitpunkt 1466, als sich Pommerellen in Personalunion, d. h. unter Bewahrung seiner territorialen Selbständigkeit auf Grund des Privilegs vom 6. März 1454 mit Polen verband.

Auch die gewaltsame Einverleibung Pommerellens im Jahre 1569 auf dem Lubliner Reichstag brachte keine Änderung der Tatsache, daß Graudenz rein deutschen Charakter hatte. Vollzog doch König Sigismund August zu Krakau im Jahre 1559 die Bestätigung der Gewerksnormen des Schuhmachergewerbes zu Graudenz, nach denen nur in das Gewerk eintreten konnte, der seine eheliche Geburt deutscher Art nachwies.

Bis zum Jahre 1772, d. h. bis zur Übernahme der Stadt durch Preußen, standen der Stadt Graudenz nur deutsche Bürgermeister vor, die Sprache war deutsch.

Die Karten aus dem Jahre 1772 betreffend die städtischen Grundstücke in Graudenz zeigen so gut wie durchweg Deutsche als Eigentümer der Grundstücke, **ein Beweis, daß Graudenz noch am Ende der polnischen Herrschaft deutschen Charakter aufwies.**

Es ist daher unverständlich, wie Graudenz in der kurzen Zeit der jetzigen polnischen Herrschaft seinen altpolnischen Charakter wiedergewonnen haben soll. Das war ein Ding der Unmöglichket. Daß Graudenz dank der (in **den letzten vier Jahren!**) vielgerühmten und -geübten „Entdeutschungspolitik", die sich nicht gerade vorteilhaft von der oben berührten Minderheitenpolitik des alten Polens unterscheidet, stark polonisiert wurde, wollen wir nicht bestreiten. Aber von einer „perfiden Germanisierung" in der (**hundertfünfzig Jahre währenden!**) preußischen Okkupationszeit kann absolut keine Rede sein.

Republik Polen.

Der neue polnische Konsul in Berlin.

Zum Generalkonsul der Republik Polen in Berlin wurde der bisherige Vizedirektor des Verwaltungsdepartements im Außenministerium, Zieliński, ernannt. Der bisherige Generalkonsul in Berlin Karol Rose ist auf eigenen Wunsch zurückgetreten. Zieliński hat sich gestern nach Berlin begeben.

Die polnische diplomatische Vertretung in Prag.

Warschau, 3. Juli. Nach der Regelung der strittigen Fragen zwischen Polen und der Tschechoslowakei soll in allernächster Zeit der Gesandtenposten in Prag, der nach dem Rücktritt des Herrn Erasmus Piltz verwaist war, wieder besetzt werden. Wie hiesige Blätter melden, wird zum Gesandten in Prag wahrscheinlich Graf Alexander Dzieduszycki ernannt werden, der vor einigen Monaten aus Kopenhagen abberufen wurde. Dzieduszycki kehrt nur für eine kurze Zeit an den Ort seiner früheren Tätigkeit zurück, um dem König Christian X. sein Abberufungsschreiben zu überreichen.

Reduzierung der Anzahl der Frauen in Beamtenstellungen.

Im Zusammenhange mit dem Beschluß des Ministerrats, der die Art und Folge der Durchführung der Personalreduzierung empfiehlt, beauftragte der Innenminister alle Wojewoden, dem Ministerium unverzüglich eine Aufstellung der in den ihnen unterstellten Ämtern beschäftigten weiblichen Angestellten vorzulegen, deren Männer gleichfalls Staatsbeamte sind. Im Staatsdienst verbleiben nur die weiblichen Kräfte, deren Arbeit unbedingt nötig ist.

Aus anderen Ländern.

Mac Adoo — der aussichtsreichste Präsidentschaftskandidat der Demokraten.

Die erste Vorabstimmung der Delegierten auf dem demokratischen Konvent in Neuyork zur Ernennung eines Präsidentschaftskandidaten hat die nachstehenden Resultate ergeben:

Mac Adoo (der Schwiegersohn Wilsons) 431 Stimmen, Gouverneur Smith aus dem Staate Neuyork 241 Stimmen, Senator Knox 59 Stimmen, Dawes 31 Stimmen. Die übrigen 1096 Stimmen haben sich auf die anderen 14 Kandidaten verteilt. Bei einer zweiten Abstimmung hat der Senator Smith nur 10 Stimmen gewonnen.

Die Republikaner haben wiederum Coolidge für die Wahl des Präsidenten und den durch das Sachverständigengutachten bekannten General Dawes für den Posten des ersten Vizepräsidenten nominiert.

Die Progressisten und Sozialisten werden voraussichtlich gemeinsam den bekannten und überaus beliebten Senator La Folette aufstellen.

Sieger und Besiegte der Entente.

London, 3. Juli. „Daily Expreß" schreibt in einem Leitartikel, nach vier Jahren verzweifelten Kampfes und 6 Jahren fieberhafter Wiederaufbaubemühungen scheine nur das eine erreicht zu sein, daß die Hegemonie in Europa auf Frankreich übergegangen ist und die Hegemonie in der übrigen Welt auf die Vereinigten Staaten. Während der letzten Jahre bis ganz vor kurzem habe Frankreich eine militärische Politik verfolgt. Es habe überall industrielle Wirren verursacht im glatten Widerspruch gegen die britischen Interessen, Wünsche und Proteste. Die Vereinigten Staaten, die sich aus Europa und von den damit zusammenhängenden Verantwortlichkeiten zurückgezogen hätten, sähen den Dollar über dem Pfund Sterling stehen; große Wohlfahrt im Innern, keine Arbeitslosigkeit und eine Flotte, die endgültig der Großbritanniens gleich sei, das sich solange eines Zweimächtestandards rühmen konnte. Großbritannien habe sehen müssen, wie sein Übergewicht sowohl auf dem Gebiete der Finanzen, als auch auf der See angefochten werde, während seine Arbeitslosen auf der Straße liegen.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 153.

Bromberg, Sonnabend den 5. Juli 1924.

Pommerellen.

4. Juli.

Graudenz (Grudziądz).

* **Pensionierung?** Wie die polnische Presse berichtet, ist seitens des neuen Wojewoden Dr. Wachowiak die Suspendierung des hiesigen Kreisschulinspektors Ossowski, mit dessen Person und Prozessen sich die Öffentlichkeit in letzter Zeit beschäftigte, vom Amte angeordnet. Die Pensionierung soll nach derselben Quelle bald erfolgen. *

* **Eine tiefeinschneidende Maßnahme,** die als Beschränkung der Gewissensfreiheit angesehen werden kann, soll an der hiesigen evangelischen Volksschule getroffen werden. Die Schule wird bis dahin von sämtlichen evangelischen Kindern im schulpflichtigen Alter, welche nicht in einer anderen mit Konzession versehenen Schulanstalt untergebracht sind, besucht. Die Kinder von Beamten, Pächtern städtischer Ländereien usw. mußten vor einiger Zeit auf Einwirkung des hiesigen Kreisschulinspektors die deutsche Privatschule verlassen und wurden in die Volksschule resp. andere Schulen eingeschult. Nur einige evangelische Schüler deutscher Nationalität sind auf Wunsch der Eltern in die katholischen Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache aufgenommen. Neuerdings wurde die Anordnung getroffen, daß seitens der Schulleitung diejenigen evangelischen Kinder, deren Eltern im Staatsdienst als Beamte, Angestellte oder Arbeiter beschäftigt sind, in eine Liste eingetragen werden. Diese Kinder sollen mit Beginn des neuen Schuljahres in Schulen mit polnischer Unterrichtssprache eingeschult werden. Es ist nicht anzunehmen, daß die Eltern der Kinder mit dieser Maßnahme einverstanden sein werden. *

A **Unter dem Niedergang des Geschäftslebens** hat auch die Fuhrhalterei sehr zu leiden. Vor dem Kriege gab es nicht weniger als 17 Droschkenfuhrwerke, welche auf den verschiedenen Plätzen ihre Stände hatten. Außer diesen war noch eine ganze Anzahl Mietautos vorhanden. Heute zählt man nur noch sieben Droschken und wenige Autodroschken. Leider haben auch diese nicht ausreichend Beschäftigung. Die Droschkenhalter haben oft nicht so viel Tageseinnahme, daß sie für die Pferde Futter kaufen können. Es fehlen eben die Menschen, welche früher Mietfuhrwerke benutzten. *

d. **Das Photographengewerbe** geht ebenso wie manche andere Gewerbe mit Riesenschritten rückwärts. Die meisten deutschen Photographen, deren es hier eine ganze Anzahl gab, sind ausgewandert. Nun hat auch der älteste Photograph, dessen Atelier früher sehr gesucht war, da in demselben wirklich künstlerische Aufnahmen angefertigt wurden, seinen Beruf aufgegeben. Die Einnahmen waren in letzter Zeit so gering, daß in einem Monat nicht soviel angenommen wurde als die Patentgebühr betrug. Der alte Herr, der heute noch Prüfungsmeister für das Photographengewerbe ist, war gezwungen, seinen Beruf aufzugeben, das Gewerbe abzumelden, da er die hohen Kosten nicht erschwingen konnte und muß nun auf andere Weise sein Brot zu verdienen suchen. *

□ **Der Mittwoch-Wochenmarkt** war sehr gut beschickt. Besonders reichlich vertreten waren Walderdbeeren und Pilze. Es wurden folgende Preise notiert (in Złotywährung): Butter 1,5, Eier 1,2, Glumse 0,28, Kartoffeln 5,0, Mohrrüben 0,30 pro Bund, rote Rüben 0,20, junge Zwiebeln 0,15, Salat 0,1, Rhabarber 0,28, Gurken 0,5—1,0, Blumenkohl 1,0—2,0, Erbsschoten 0,50, Stachelbeeren 0,50, Walderdbeeren 0,6, Gartenerdbeeren 0,8—1,0, Blaubeeren 0,25—0,40, Kirschen 0,6—1,0, Pilze (Rehfüßchen) 0,50, Backobst 0,6. Blühende Topfpflanzen wurden mit 0,75 und 1,50 abgegeben. Der Fischmarkt zeigte reiche Beschickung. Es wurden folgende Preise erzielt: Aal 1,40, Hecht 1,2, Schleie 1,2, Karauschen 0,8—1,0, Barsche 0,84, Plötze 0,25—0,60, Krebse 0,15—0,2. Auch der Fleischmarkt zeigte viel Material. In den Preisen ist eine wesentliche Änderung nicht eingetreten. Der Geflügelmarkt zeigte junge Hühner das Paar zu 3,0 bis 3,5, lebende junge Gänse befiedert 5,6, alte Gänse lebend 6,5, Tauben das Paar 1,0—1,5. Der Markt verlief ziemlich schleppend und war bis 1 Uhr noch nicht geräumt. *

□ **Der Schweinemarkt** war wieder gut beschickt. Besonders reichlich waren wieder Ferkel vorhanden. Das Paar wurde bereits mit 7 und 8 Złoty angeboten. Die Kauflust war gering, denn die Geldknappheit hält an. Auch Läufer und sonstige Magerschweine waren genügend vorhanden. *

A. **Vom Hafen.** Nachdem die Pontons der Militärbadeanstalt bei der Johannisfeier Verwendung gefunden haben, wurden sie wieder auf das Ladeufer in der Nähe des Schulzschen Hafens gezogen. — Im Hafen liegt ein Schleppfahrzeug, welches für die Firma Herzfeld u. Viktorius Roheisen aus Danzig brachte. Zwei Schleppfahrzeuge werden Kies laden für die Baustelle der Groddeck-Werke bei Jungen. *

A. **Auf dem Strome trieben wieder verschiedene Flöße** stromab. Die Arbeiten an den Überresten der Kriegsbrücke schreiten fort. *

d **Unregelmäßigkeiten bei einer hiesigen Bank** sind, wie man erfährt, vorgekommen. Bei einer plötzlich vorgenommenen Revision murden dieselben entdeckt. Verhaftung der verdächtigen Personen ist erfolgt. *

d **Ein bedauerlicher Unfall** ereignete sich auf der Fliegerstation. Einem Hilfsarbeiter wurden beide Arme und Beine gebrochen. *

Thorn (Toruń).

∓ **Die Johannis- (Wianki-) Feier in Thorn,** am Johannistage wegen der Abwesenheit der Spitzen der Behörden anläßlich der Anwesenheit des Herrn Staatspräsidenten in Graudenz verschoben, fand nunmehr am 1. Juli statt, und bot, um es gleich vorweg zu sagen, infolge Zusammentreffens einiger widriger Umstände leider nicht dasselbe schöne Bild wie in den Vorjahren. Schon von 7 Uhr ab belebten sich die beiderseitigen Weichselufer mit Menschen, über denen in nur geringer Höhe das jetzt hier stationierte lenkbare Luftschiff „Lech" kreiste. Auf dem der Weichselflottille gehörigen Damfer „Admiral Sierpinek" hatten sich eine Reihe geladener Gäste eingefunden, unter denen man den Wojewoden, den Landesstarosten, den Vizewojewoden, die Generalität sowie den Kommandanten der Staatspolizei bemerkte. Der Dampfer machte eine Fahrt nach dem Holzhafen und legte dann, in den Konturen durch unzählige elektrische Birnen beleuchtet, wieder am Kai an. Die festlich geschmückten und illuminierten Boote der hiesigen Rudervereine — der Ruder-Verein „Thorn" nahm auf Aufforderung seitens des polnischen Ruderklubs erstmalig an der Auffahrt teil — kreuzten, von vielen anderen Booten begleitet, zwischen beiden Ufern hin und her. Die Auffahrt wurde leider durch das schnelle Fahren einer Reihe von Motorbooten sehr gestört, da diese starke Wellen verursachten und bei der Dunkelheit manch leichtes Ruderboot in schwere Gefahr brachten. Es ist nur der Umsichtigkeit der Insassen zu verdanken, wenn kein Boot vollgeschlagen oder gekentert ist. Das vom „Klub Wioslarski" vorgesehene Brillantfeuerwerk **kam zu einem Teil wegen Versagens der Feuerwerks**körper leider nicht zur Geltung, so daß die viele vorbereitende Arbeit leider umsonst geleistet war. Dem traditionellen Brauch des Schwimmenlassens brennender Kränze wurde diesmal weniger gehuldigt als in den Vorjahren, was allgemein auffiel. Dagegen waren wieder lebende Bilder auf schwimmenden Prähmen gestellt, die viel Beifall fanden. Auf den beiden Ufern konzertierten drei Musikkapellen und manch Boot oder Dampfer führte seine eigene Bordkapelle, aus Mandolinen, Geigen und Bandonien bestehend, mit sich. — Ein glänzendes Geschäft machten die fliegenden Händler, die an verschiedenen Stellen des Stadtufers Stände mit Bier und Spirituosen, Imbissen, Tabakwaren, Eis usw. aufgebaut hatten. Sie waren immer dicht umlagert und manch einer trank hier mehr, als nur zum Löschen seines Durstes erforderlich war. Gegen 12 Uhr fand die Feier ihr Ende. **

∓ **Von der Weichsel.** Donnerstag früh zeigte der Thorner Pegel einen Stand von 1,25 Meter über Normal an. — Eingetroffen ist Motorschlepper „Lubacki" mit zwei Traften, ferner kamen zwei Traften ohne Dampferhilfe und ein leerer Kahn von oben. Aus Brahemünde kehrte Dampfer „Herold" zurück. **

∓ **Das Standesamt Thorn** registrierte in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni d. J. 355 Geburten, 244 Todesfälle und 53 Eheschließungen. Gegen das erste Vierteljahr ist die Zahl der Geburten um 36, die Zahl der Eheschließungen um 10 zurückgegangen, ferner die Zahl der Todesfälle um drei angewachsen. Im Vergleich zum selben Zeitraum des vergangenen Jahres sind 57 Geburten und zwei Eheschließungen weniger, ferner 39 Todesfälle mehr zu verzeichnen. **

we. **Aus dem Kreise Schwetz,** 3. Juli. Die Bahnstation Terespol mußte nach der politischen Umgestaltung natürlich auch umbenannt werden. Aus dem Terespol wurde Terespole. Aus praktischen Gründen war diese Umbenennung vielleicht ganz gut angebracht. Es gibt nämlich noch eine Bahnstation gleichen Namens in Kongreßpolen. Kaum waren aber die nötigen Veränderungen durchgeführt, unter Anwendung von viel Ölfarbe bei der Ortsbezeichnung das „e" hinzugefügt, und nun scheint die neue Bezeichnung sich doch nicht so bewährt zu haben, um auf die Dauer verwendet zu werden. Das „e" ist nun wieder verschwunden. Es heißt nun wieder wie ehemals „Terespol", allerdings mit dem Zusatz „Pom.". Hoffentlich ist nun diese Bezeichnung für die Dauer. — Mit dem Bau der Überleitung des Leitungskabels der Groddeck-Werke über die Weichsel bei Jungen ist begonnen worden. Man ist dabei, für das Aufstellen des hohen Leitungsmastes einen Betonklotz herzustellen. Es werden durch Schleppkähne große Mengen Kies von Graudenz herangeschafft. Zwei Fahrzeuge sind schon wochenlang mit diesem Transport beschäftigt. Soweit bekannt ist, sind etwa 8 Kilometer von Schwetz bei Dt. Konopath bedeutende Kieslager, wo das Material zur Betonanfertigung mit geringeren Kosten hätte beschafft werden können.

Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau,** 3. Juli. Er legt sein Kapital „wertbeständig" an. Dem „Kurjer Poranny" zufolge betrat dieser Tage ein bekanntes Warschauer Juweliergeschäft ein eleganter junger Mann, der sich verschiedene wertvolle Ringe und Uhren vorlegen ließ, schließlich aber ohne zu kaufen den Laden wieder verließ. Es stellte sich heraus, daß er der Anführer einer Einbrecherbande gewesen ist, der nur die Lokalitäten besichtigen wollte, denn schon in der nächsten Nacht wurde der Juwelierladen durch Einbruch vom Keller aus gründlich ausgeplündert. Durch Zufall gelang es dem Inhaber des Geschäfts, auf der Straße den jungen Mann wiederzuerkennen und der Polizei zu übergeben. Eine Haussuchung förderte einen großen Teil der gestohlenen Gegenstände wieder zutage. Der junge Mann bestritt aber entschieden, daß er den Diebstahl verübt habe und erklärte das Vorhandensein der Wertsachen in seiner Wohnung damit, daß er so vorsichtig sei, sein Kapital auf diese Weise „wertbeständig" anzulegen.

* **Radom,** 3. Juli. Während der schweren Gewitter, die in den letzten Tagen über ganz Polen niedergegangen sind, ist durch Blitzschlag erheblicher Schaden angerichtet worden. Eine Reihe von Gehöften ist eingeäschert, auch Leute sind getötet worden. Der „Rzeczp." zufolge schlug in der Nähe von Radom der Blitz in einen fahrenden Wagen ein und tötete einen 16jährigen Schüler des Lehrerseminars. Eine Frau, die neben ihm saß, verlor vor Schreck die Sprache. Auch die beiden Pferde sind tot.

* **Włoszczowa,** 3. Juli. Von Gänsedieben ermordet. Der 30jährige Landwirt Boleslaw Szlenk aus dem Dorfe Bonowice bei Włoszczowa bemerkte bei seiner Rückkehr von einem Gange in das Nachbardorf mehrere Personen, die im Begriffe waren, seine Gänse zu stehlen. Die überraschten Diebe warfen sich auf Sz.. mißhandelten ihn und versetzten ihm schließlich mehrere Messerstiche, an denen der Bedauernswerte nach wenigen Minuten verstarb. Die Mörder, die die geraubten und getöteten Gänse während der Flucht wegwarfen, konnten unbehelligt entfliehen.

Die Lage der oberschlesischen Industrie.

Unterredung des Generaldirektors des „Berg- und Hüttenmännischen Vereins" mit einem polnischen Pressevertreter.

Dr. Paul Geisenheimer, Generaldirektor des Berg- und Hüttenmännischen Vereins in Kattowitz, hat dem Vertreter des Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny" eine Unterredung gewährt, in der er diesem auf eine Reihe von Fragen bezüglich der Industriekrise Auskunft gab. Das Krakauer Blatt bringt diese Unterredung in größter Aufmachung unter der großen Überschrift: „Der Diktator der schlesischen Industrie läutet Alarm". Er nennt Dr. Geisenheimer zweifellos den bedeutendsten Vertreter der Politik der schlesischen Großindustrie, ihren Diktator und Leiter. Er berichtet, daß Dr. Geisenheimer Oberschlesier und in Tarnowitz geboren ist, wo sein Vater Direktor der Bergschule war. Er steht seit acht Jahren an der Spitze des mächtigen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, der die 40 größten Werke umfaßt und 220 000 Arbeiter beschäftigt.

Auf die Frage „Welches sind die wirklichen Ursachen der gegenwärtigen Krise?“ antwortete Direktor Geisenheimer: „Die Hauptursache ist die Teuerung der Produktion. Die deutsche Industrie produziert bedeutend billiger infolge der Verlängerung der Arbeitszeit und konkurriert siegreich mit Polen. Aus diesem Grunde ist der Export unserer Eisen- und Kohlenproduktionen, welcher bisher ungefähr 40 Proz. betrug, unmöglich geworden. Ebenso hat sich der Export nach dem übrigen Auslande verringert. Bedrohlich ist auch die tschechische Konkurrenz. Die Periode der Inflation hat nur ziffernmäßig Gewinne gebracht, tatsächlich jedoch infolge der Entwertung der polnischen und der deutschen Mark das Umsatzkapital aufgezehrt. Die Gerüchte über die Anhäufung von Devisen seitens der Industrie sind Fabeln. Den riesigen Mangel an Umsatzkapital vergrößert noch der Kreditmangel. So fehlt überhaupt das allernötigste Kapital. Nur bei großen Anstrengungen bekommt man bescheidene Geldsummen im Ausland zu Wucherprozenten.“

Sodann sprach Direktor Geisenheimer über die bekannten Forderungen der Industrie an die Regierung. Die Notwendigkeit einer weiteren Herabsetzung der Löhne erklärt er für sehr unangenehm und bedauerlich. Über den technischen Zustand der schlesischen Industrie bemerkt er, daß nur in Amerika und im Ruhrgebiet die Hütten in dieser Beziehung besser gestellt sind, als die unsrigen. Die Einrichtungen sind hier dieselben, wie im Oppelner Schlesien und doch ist die deutsch-oberschlesische Industrie zur Konkurrenz auf dem Weltmarkte fähig, was man von den polnisch-oberschlesischen Hütten nicht sagen kann. Jedenfalls sind aber die schlesischen Hütten entschieden besser eingerichtet, als die alt-polnischen in Kongreßpolen. Die Technik wird täglich verbessert, aber das hilft der Krise nicht. Außerdem sind zu Investitionen große Summen nötig und den Hütten fehlt das notwendige Umlaufkapital. Sehr bedeutungsvoll waren die Äußerungen

über die polnischen Fachleute

in der schlesischen Industrie. Der Berichterstatter stellte die Frage: „Werden polnische Fachleute in die schlesische Industrie aufgenommen und welche Erfahrungen wurden mit ihnen gemacht?“ Es erfolgte die Antwort: „Sie werden ununterbrochen aufgenommen. Wenn dies nicht so sehr in die Augen fällt, so ist es deshalb, weil sich die Aufmerksamkeit meistens auf die Generaldirektoren richtet, das heißt auf Stellen, die weniger häufig besetzt werden. Aber auch die höchsten Stellen bis zum Generaldirektor sind schon mit polnischen Fachleuten besetzt. Was den Nachwuchs von jüngeren Ingenieuren in den Werken betrifft, so kann man annehmen, daß er vorwiegend polnisch ist, und zwar deshalb, weil die deutschen Ingenieure von der Wojewodschaft unter keinen Bedingungen die Erlaubnis zur Einreise aus Deutschland erhalten. Aus diesem Nachwuchs werden zurzeit auch alle höheren Stellen besetzt. Die Polonisierung findet also erfolgreich statt. Was unsere Erfahrungen mit den polnischen Fachleuten anbetrifft, so sind sie augenscheinlich individuell verschieden. Neben zweifellos sehr befähigten, tüchtigen und fleißigen Leuten hatten wir auch weniger gutes Material. Wie in jedem Volke, so hatten wir auch unter den polnischen Fachleuten Herren von verschiedenem Wert. Ich zweifle nicht daran, daß die Elite unter ihnen zu führenden Stellen gelangen wird.

Zu der Frage über die

Zukunftsaussichten der oberschlesischen Industrie

äußerte sich der Unterredner dahin, daß die nächste Zukunft zweifellos sehr schwer sein werde. Wenn jedoch die Konkurrenzfähigkeit wiederkehrt, dann könne sich in der Kohlenindustrie die Lage erträglich gestalten. Viel schlimmer werde es in der Eisenindustrie sein, vor allem deshalb, weil der Landesmarkt zu wenig Eisen verbraucht und weil im Jahre 1925 Deutschland Schutzzölle für polnisches Eisen einführen kann. Die einzige Hoffnung ist, daß sich einmal der schwache Eisenkonsum Polens erhöhen wird, wenn der Bau von Eisenbahnen und Häusern sich verstärken wird, so daß sich der Eisenabsatz hebt. Man kann wohl damit rechnen, daß etwa in 15 Jahren Polen fähig sein wird, die ganze Eisenproduktion Oberschlesiens zu verbrauchen. Am Schluß der Unterredung äußerte sich Direktor Geisenheimer über die

Bedeutung der öffentlichen Meinung

über die polnisch-oberschlesische Industrie. Viele polnische Zeitungen haben einen feindlichen Standpunkt gegen die oberschlesische Industrie und ihre Leiter eingenommen. Es liegt im öffentlichen Interesse, daß die öffentliche Meinung in Polen ihren Standpunkt gegenüber den schlesischen Industriellen revidiert. Die oberschlesische Industrie ist ein außerordentlich wichtiger Faktor in der polnischen Staatswirtschaft. Die Zukunft Polens ist mit dem Aufblühen der Kohlen- und Eisenindustrie eng verbunden. Die Zeitungen haben die Pflicht, der Bevölkerung das zu berichten, was auf objektiver Wahrheit beruht.

Sterbende Wälder.

Die Kieferneule-Raupe in den deutschen Ostprovinzen.

Aus Schneidemühl wird der „D. A. Z.“ berichtet:

Die Kiefernwälder Ostpreußens, Pommerns, großer Teile Brandenburgs, Schlesiens und der Grenzmark sind von einer furchtbaren Plage heimgesucht worden. In den schlanken hochragenden Bäumen sitzt die lebende Pest. Unaufhörlich nagt und frißt es in den Kronen und gleich einem feinen Sprühregen rieselt es von oben herab. Ein unheimlicher Regen. Wer einsam die Nadelwälder durchstreift, dem zwängt ein beklemmendes Gefühl die Brust zusammen. Man hört es knistern und wispern und dem Geräusche nachgehend bemerkt man an allen Stellen an den Bäumen, in den Zweigen, auf dem Waldboden, überall wohin man blickt, Millionen und Abermillionen von kleinen etwa 4—5 Zentimeter langen weiß- und gelbgestreiften grünen Raupen die Nadel auf Nadel verzehren und den Tod in die Wälder tragen.

Es ist die Raupe der Kiefern- und Forleule, die daran ist, ganze Forsten zu vernichten. In der Neu- und Grenzmark hat man bereits damit begonnen, einzelne Teile der vom Raupenfraß befallenen Waldbestände abzuholzen. Die Raupe sitzt zu Millionen auf den einzelnen Stämmen. Bei manchen Bäumen gleicht die Rinde einer lebenden, bewegten Fläche und in den Zweigen wimmelt und kribbelt es wie in einem Bienenschwarm. Ständig ist der Waldboden zentimeterhoch mit Raupen bedeckt. Ihre unersättliche Freßlust läßt auch nicht eine grüne Nadel am Stamm. Zunächst werden von den Raupen die jungen Maitriebe verzehrt, dann kommt alles übrige, was grün ist, daran und nach wenigen Tagen steht der Baum kahl da. Der Wald aber gleicht einem Gehölz, in welchem der Brand gewütet hat. Der Kampf gegen diesen Raupenfraß ist fast gänzlich aussichtslos. Man hat sie zentnerweise vernichtet, unzählige neue Raupen treten an die Stelle der vernichteten, und die Arbeit und Mühe ist umsonst gewesen. Man hat es vereinzelt versucht, die Raupen aus den Kronen zu schütteln und sie dann zu töten. Der Erfolg war gering. Schließlich weigerten sich die Waldarbeiter, diese ekelhafte Arbeit weiter zu verrichten. Um die jüngeren Bestände zu retten, ist man daran gegangen, sie mit Chlorbarium zu bespritzen. Auch hierbei sind nur geringfügige Teilerfolge erzielt worden. Das Anlegen von Teerringen um die Bäume ist ebenfalls nutzlos. Die Raupe wird in der Baumkrone geboren und von hier aus beginnt ihr Vernichtungswerk. Staunenswert ist es, mit welchem unheimlichem Instinkt die von den Zweigen gefallenen Raupen wieder stammauf streben.

Die heimgesuchten Wälder können nur gerettet werden, wenn sich die Natur selbst zu Hilfe kommt. Die natürlichen Feinde der Kieferneulenraupe sind die Schlupfwespen und die Raupenfliegen. Dem Kieferneulenraupenpilz verfällt die Raupe, wenn sie zur Verpuppung gelangt. Zu diesem Zweck geht die Raupe im August zu Boden, hierbei wird sie von dem Pilz infiziert, so daß sie den Todeskeim erhält und abstirbt und im Frühjahr kein Falter sich entpuppt. Nur so ist Rettung möglich. Wie die Forstleute versichern, ist die Raupenplage keineswegs überraschend gekommen. Schon in den Vorjahren sind Raupen und schädliche Schmetterlinge bei dem Probesuchen nach forstschädlichen Insekten in den ostdeutschen Wäldern gefunden worden. Ganz unvermittelt trat auch im Jahre 1923 ein Raupenfraß in Erscheinung. Allerdings kam es 1923 nur zu einem Naschfraß, stellenweise zu einem Lichtfraß, was aber in diesem Jahre eingesetzt hat, ist ein Kahlfraß, wie er umfangreicher bisher noch nicht in Erscheinung getreten ist.

Wer von Berlin aus gegen O[illegible] fährt, sieht rechts und links der Bahn weite Wälder im rötlichen Todesglanz sich erstrecken. Diese Wälder tragen den Keim der Vernichtung in sich, und ihrer Nadeln beraubt, sterben sie langsam dahin. Ungeheuer wird der Schaden sein, den dieses Naturgeschehen dem deutschen Waldbestande zufügt. Der Forstmann sieht seinen gehegten und gepflegten Waldbestand dahinsiechen. Er weiß, wer der Träger der Vernichtung ist und kann doch nicht helfen. Möchte die Natur doch schnellstens vernichten, was sie geboren.

W. J.

Kleine Rundschau.

* **Eine Sage vom Elfenbein.** Irgendwo im Inneren von Afrika, so erzählen sich die Eingeborenen, gibt es eine Stätte, an der sich ungeheure Schätze von Elfenbein finden. Es ist der Platz, den die Elefanten aufsuchen, wenn sie sterben. In tage-, ja wochenlanger Wanderung streben die kranken Tiere nach jenem Ziel. Die Sage hat ihren Grund in der Wahrnehmung, daß fast niemals die Überreste eines auf natürliche Weise gestorbenen Rüsselträgers gefunden werden, während es doch naturgemäß trotz der von den Europäern eingeführten Raubjägerei noch viele Tausende von Elefanten geben muß, die der Kugel des Jägers entgehen und an Krankheit oder Alter sterben. Die Eingeborenen malen sich jene Stätte als einen Abgrund aus, eine riesige Grube mit steilabfallenden Wänden, in die sich der sterbende Elefant hineinstürzt. Seine Knochen vermodern dort, aber das Elfenbein bleibt erhalten, so daß sich im Verlaufe der Jahrhunderte ein schier unerschöpfbarer Schatz angehäuft haben muß. — In der Sage offenbart sich die ganze Liebe und Hochachtung, die der Eingeborene dem aus vorsintflutlichen Zeiten erhaltenen Tier entgegenbringt. Die Wissenschaft bezweifelt natürlich die Möglichkeit einer solchen Elefantengrabstätte. Wie das Wild unserer Wälder wird auch der Elefant sich im Sterben in Dickicht und Sümpfe verkriechen, wo er bei dem Umfang der in Frage kommenden Gebiete nur selten gefunden wird. Andererseits haben die Eingeborenen mit Rücksicht auf die Erwerbsgier der Weißen nur allzuviel Grund, solche Funde, die eben hier und da doch gemacht werden, zu verheimlichen. Es ist wahrscheinlich, daß ein großer Teil des Schmucks und der Waffenverzierung der Eingeborenen aus solchem gefundenen Elfenbein hergestellt wurde.

Die Notlage der Landwirtschaft

Wirtschaftspolitik, Steuerschraube und soziales Versicherungswesen.

Von einem praktischen Landwirt aus dem ehemals preußischen Teilgebiet erhalten wir folgende Zuschrift:

Wenn man mit Landwirten, gleich ob Groß- oder Kleingrundbesitzern zusammenkommt, so hört man nur Klagen über die schlechten Preise aller landwirtschaftlichen Produkte, über die Teuerung alles dessen, was man zu des Lebens Notdurft und zur Erhaltung der Wirtschaft kaufen müsse, über die Steuerschraube und die immer größer werdenden Lasten der sozialen Versicherungen. Ich selbst bin alter Landwirt, besitze und bewirtschafte seit fast einem Menschenalter ein mittleres Gut vorwiegend leichten Bodens und habe mich schlecht und recht im Schweiße meines Angesichts durchs Leben geschlagen. Ich kann den Klagenden daher ihre Not wohl nachfühlen und fühle selbst, so geht es nicht länger mehr weiter. Die Landwirtschaft steht vor dem Zusammenbruch.

Wenn man darüber nachdenkt, was wohl Schuld an diesen schlimmen Zuständen habe, so kommt man zu dem Schluß, daß vor allem die Wirtschaftspolitik geändert werden muß. Ihr Hauptziel war bisher eine künstliche Niedrighaltung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Durch Ausfuhrverbote hat man dieses Ziel sehr gut erreicht, die Getreidepreise sind weit unter Weltmarktpreis und wohl die niedrigsten in Europa. Dabei ist Polen ein Agrarstaat, zirka 70 Prozent seiner Bewohner sind Landwirte und landwirtschaftliche Arbeiter. Die Landwirtschaft produziert daher weit mehr als die übrige Bevölkerung verzehren kann, die nur ca. 30 Prozent ausmacht. Polen ist auf Ausfuhr angewiesen; trotzdem bleiben die Grenzen verschlossen. Wie oft sieht man Landwirte, die Geld brauchen, mit Getreide hausierend von Mühle zu Mühle, von Händler zu Händler fahren, bis es endlich zu Spottpreisen losgeschlagen werden kann. Dagegen hat man die Ausfuhr von Kleie erlaubt. Nun ist der Preis für diese außerordentlich gestiegen, sie kostet soviel wie der Roggen, eine Zeit war sie sogar teurer als Roggen, ein Fall, der wohl bisher noch nie dagewesen ist. So wird dem Landwirte das einzige Kraftfuttermittel, das hier erhältlich ist, künstlich verteuert. Meines Erachtens hat die Landwirtschaft ein moralisches Anrecht darauf, daß sie dieses Abfallprodukt des von ihr erzeugten Getreides zu Preisen, die den Preisen, welche ihr für das Getreide gezahlt werden, entsprechen, wieder zurückkaufen kann.

Auch mit dem Feuerungsmaterial, besonders Holz ist es so, es wird durch ungemessene Ausfuhr für das Inland künstlich verteuert. Vor dem Kriege konnte man für 1 Ztr. Roggen 2 Meter Kiefernkloben kaufen, jetzt aber braucht man 2 Ztr. Roggen, um 1 Meter Kiefernkloben kaufen zu können. Von Kohle, dem schwarzen Diamanten, nicht zu reden, sie ist für den Landwirt wirklich zum Diamanten geworden und er kann sich den Luxus, Kohle zu feuern, kaum mehr leisten. Wehe daher dem Besitzer, welcher keinen eigenen Wald oder eigenen Torf hat, und der darum alle Feuerung für seine Leute und sich selbst kaufen muß! Wenn man täglich die langen Güterzüge zur Grenze rollen sieht, deren Ladung fast nur aus Holz, Brettern, Bohlen usw. besteht, so glaubt man, daß damit Raubbau getrieben wird, oder wächst das Holz in neuerer Zeit etwa so schnell wie der Spargel?

Eine Zeitlang hatten die Schweine annehmbare Preise. Alles warf sich nun auf die Schweinezucht. Jetzt gibt es deren nun in Überfluß und man kann sie nicht los werden. Man muß den Händler fast bitten, sie zu irgendeinem Preise abzunehmen. Trotzdem werden Schweine aus Rumänien eingeführt!!

Kurzum, alles was der Landwirt verkauft, wird durch die jetzige Wirtschaftspolitik im Preise herabgedrückt; dagegen alles was er braucht, Industrieerzeugnisse, wie Schuhwerk, Kleiderstoffe, landwirtschaftliche Maschinen, Eisen usw. durch Hochschutzzölle im Preise erhöht. Der Stand, der das Rückgrat des Staates bildet, und der darum besonders gehegt und gepflegt werden sollte, ist zum Aschenbrödel und Prügelknaben gemacht worden.

Nicht weniger trägt auch die der Landwirtschaft neuerdings aufgebürdete Steuerlast zur Verschlechterung der Lage noch bei. Zwar leiden alle erwerbstätigen Bürger darunter, die Landwirtschaft infolge der ruinösen Preise ihrer Produkte aber am meisten. Dazu kommt noch, daß die Steuer nicht wie früher gleichmäßig in vierteljährlichen Raten gezahlt wird. Sie wird an willkürlich festgesetzten Terminen gleich zu Anfang des Steuerjahres erhoben. So wird dem Landwirt, der nun bald die Ernte einbringen muß, das Betriebskapital, das er zur Bezahlung der Erntearbeiten und zur Bestreitung der übrigen laufenden Ausgaben braucht, in einer Zeit entzogen, wo er nichts mehr zu verkaufen hat, um sich das nötige Geld zur Weiterführung der Wirtschaft zu verschaffen. So mußte die erste Rate der Grundsteuer bezahlt werden, so wurden gleich darauf nochmals 100 Prozent der Grundsteuer erhoben, so muß die Staats- und Gemeindeinkommensteuer für 1924 bis zum 24. Juli für das ganze Jahr bezahlt sein. Und, last not least, die Krone dieses Systems, die Vermögenssteuer, nicht zu vergessen! Die erste Rate soll bis zum 10. Juli bezahlt werden, also auch noch kurz vor der Ernte! Wer seine Besitzung nach bestem Wissen und Gewissen eingeschätzt hat, für dessen Verhältnisse ist dies keine kleine Ausgabe. Viele Landwirte, besonders größere Besitzer, haben seinerzeit Vorschüsse in Form von Getreide geleistet, das exportiert worden ist. Die Beträge, die erzielt wurden, sollten auf die jeweilig zu zahlenden Raten der Vermögenssteuer angerechnet werden. Jetzt nun ist diese Abmachung willkürlich ohne Befragung der Landwirte, die geliefert haben, dahin abgeändert worden, daß diese Beträge erst zu einer späteren Rate verrechnet werden sollen, jetzt muß also die volle erste Rate gezahlt werden. Die Regierung macht also bei den ohnehin kapitalschwachen Landwirten, die so naiv waren zu liefern, eine unverzinsliche Zwangsanleihe für ein, vielleicht gar für zwei Jahre. Sie sind so doppelt schwer geschädigt: Einmal dadurch, daß ihnen die Beschaffung des Geldes zur Bezahlung der ersten Rate schwer und nur mit großen Opfern, vielleicht überhaupt nicht möglich sein wird, zweitens dadurch, daß sie großen Zinsverlust erleiden. Hätten sie nämlich das Getreide, das sie seinerzeit dem Staate lieferten, verkauft, und den Erlös bis zum Zahlungstermin bei einer Bank eingezahlt, so hätten sie bei dem jetzigen hohen Zinsfuß Millionen und Millionen Zinsen erhalten. Jetzt kann es ihnen nun passieren, daß sie, die dem Staate ein unverzinsliches Darlehn von vielen hundert Milliarden gegeben haben, hohe tägliche Zinsen zahlen müssen, wenn es ihnen nicht gelingt, das Geld für die erste Rate rechtzeitig aufzutreiben. Ist dies nicht geradezu absurd?

Der Steuerfiskus ist überhaupt über die Lage und Zahlungsfähigkeit der Landwirtschaft gänzlich im Unklaren. Viele unter ihnen werden nicht zahlen können. Bares Vermögen ist wohl selten noch vorhanden, Kredit gibt es kaum in dieser Zeit des Währungswechsels und der dadurch bedingten furchtbaren Knappheit an Zahlungsmitteln, wo jeder mit sich selbst zu tun hat. So mag denn der Gerichtsvollzieher seines Amtes walten, er wird viel Arbeit bekommen!

Ein weiterer Faktor, der mit zum Ruin der Landwirtschaft beiträgt, ist die Verteuerung des sozialen Versicherungswesens. So zahlte man beispielsweise im Jahre 1914 an die Krankenkasse für einen Instmann pro Monat den Wert von 15 Pfund Roggen nach damaligen Preisen. Heute zahlt man dagegen, nach den heutigen Roggenpreisen berechnet, den Wert von 50 Pfund Roggen. Die Beiträge sind also in Roggenwährung dreieindrittelmal so hoch als wie vor zehn Jahren. Ich verkenne durchaus nicht den Nutzen der Krankenkassen, die viel gutes leisten und Segen bringen. Nur sollte man, besonders jetzt in dieser schweren Zeit, sparsamer wirtschaften.

Wie ein Donnerschlag wirkte die Nachricht auf alle Arbeitgeber in der Landwirtschaft, als bekannt wurde, daß die Invaliden- und Altersversicherung den Preis der Marken 5. Klasse von 108 000 Mark mit Wirkung vom 1. April d. J. auf 1,20 Zł. oder 2 160 000 Mk. erhöht habe. Jeder fragte sich zagend, woher denn nur bei den vielen Steuern und den elenden Preisen all das Geld auftreiben! Was diese Erhöhung beispielsweise für eine mittlere Wirtschaft, die 20 Arbeiter ständig beschäftigt, bedeuten muß, wird erst klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß solch eine Wirtschaft etwa 1000 Marken à 2 160 000 Mark zu kleben hat, die 2 160 000 000 Mark kosten. Um diese Summe zu erhalten, muß man heute etwa 240 Ztr. Roggen verkaufen. Nun zieht man allerdings die Hälfte dem Arbeiter ab. Aber er wird diese Abzüge durch erhöhte Lohnforderungen auszugleichen suchen. Und das Ende vom Liede wird sein, man wird seinen Forderungen nachgeben müssen und der Landwirt muß damit auch diese neue Belastung auf seine Schultern nehmen. Nun ist ja gegen diese ungeheuerliche Erhöhung Einspruch erhoben worden, aber ob dieser viel nützen wird, ist zweifelhaft. Auf alle Fälle ist auch hier mit einer außerordentlich erhöhten Belastung zu rechnen. Wie kommt es nun, daß man selbst für die jüngsten Scharwerker Marken 5. Klasse kleben muß? Dieses kommt daher, daß das Jahreseinkommen für die unteren Klassen außerordentlich niedrig angesetzt ist, so daß derartig niedrige Einkommen in Wirklichkeit überhaupt nicht existieren. Selbst der jüngste Scharwerker verdient doch wohl, wenn man seine Barbezüge und die Naturalien, in Geld umgerechnet, zusammenzieht, mehr als 60 Groschen pro Tag und muß daher Marken 5. Klasse kleben. Durch die Festsetzung dieser lächerlich niedrigen Jahreseinkommen, die im praktischen Leben überhaupt nicht vorkommen, will man alle zum Kleben der teuersten Marken zwingen.

Wie sehr sich auch hier die Verhältnisse zuungunsten der Landwirte geändert haben, geht daraus hervor, daß man früher für jüngere Scharwerker Marken zu 16 Pfennig = 2 Pfund Roggen, für ältere Marken zu 24 Pfg. = 3 Pfund Roggen, und für Instleute Marken zu 32 Pfg. = 4 Pfund Roggen zu kleben hatte. Während man jetzt, wenigstens für den Monat April, allgemein Marken zu 1,20 Złoty = 24 Pfund Roggen kleben mußte. Mit dieser gewaltigen Erhöhung wird niemand der Versicherung den zweifelhaften Ruhm abstreiten können, die teuerste Versicherung der Erde zu sein, nimmt sie doch von einem Arbeitseinkommen von 185 Złoty nicht weniger als 62,40 Złoty Prämie, gleich 33 Prozent.

An einigen Beispielen möchte ich noch erläutern, wie sehr diese Preisverschiebungen auf das Budget einer mittleren Wirtschaft einwirken.

Angenommen, eine solche Wirtschaft verbraucht jährlich 200 Ztr. Kleie, so mußte sie früher, bei einem Roggenpreise von 8 Mark und einem Preise der Kleie von 5 Mark, dafür ausgeben 125 Ztr. Roggen. Jetzt muß sie aber hierfür, da der Roggen dasselbe kostet wie die Kleie, 200 Ztr. Roggen verwenden, also mehr . . . . 75 Ztr.

Angenommen, eine solche Wirtschaft beschäftigt 10 Instleute und 10 Scharwerker, so muß sie diesen im Jahre 750 Ztr. Kohlen oder, da im Arbeitsvertrag 1 Meter Kiefernkloben gleich 5 Ztr. Kohlen gerechnet werden, 150 Raummeter Kloben liefern. Früher bekam man diese für 75 Ztr. Roggen. Jetzt muß man hierfür hingegen mindestens 250 Ztr. Roggen verwenden. Also mehr 175 Ztr.

Angenommen, die Wirtschaft braucht zum Dreschen usw. pro Jahr 200 Ztr. Kohle, so kaufte man diese früher für 30 Ztr. Roggen. Heute muß man hierfür mindestens 100 Ztr. Roggen zahlen. Also mehr . . . . 70 Ztr.

Wenn eine derartige Wirtschaft 10 Instleute und 10 Scharwerker beschäftigt, so hatte sie früher für ein Vierteljahr 48 Mark = 6 Ztr. Roggen, oder pro Jahr 24 Ztr. Roggen für die Krankenkasse zu bezahlen. Bei gleicher Arbeiterzahl sind heute pro Quartal etwa 180 000 000 Mark = 20 Ztr. Roggen zu zahlen. Im Jahr also 80 Ztr., also mehr . . . . 56 Ztr.

Beschäftigte man früher 10 Instleute, 5 ältere und fünf jüngere Scharwerker, so zahlte man pro Woche 5,20 Mark für Invalidenmarken, pro Jahr somit rund 270 Mark, gleich 34 Ztr. Roggen. Beschäftigt man heute dieselbe Anzahl derselben Kategorien, so hätte man, in der Annahme, daß man künftig für 10 Instleute Marken 5. Kl. à 1,20 Zł., für 5 ältere Scharwerker Marken 4. Kl. à 1,00 Zł., und für 5 jüngere Scharwerker Marken 3. Kl. à 0,80 Zł. verwenden muß, pro Woche 15,80 Zł., pro Jahr 821,60 Zł. gleich 164 Ztr. Roggen à 5 Zł. zu verwenden, also mehr . . . 130 Ztr.

Summe 506 Ztr.

Schon diese wenigen Beispiele aus den jährlichen Ausgaben zeigen deutlich und klar, wie es um die Landwirtschaft in Polen heute bestellt ist. Glaubt vielleicht jemand, daß man ohne Kunstdünger und unter den sonstigen schlechten Verhältnissen die Hunderte von Zentnern Getreide, die man zur Balancierung des Etats mehr braucht, aus der Erde stampfen kann? Den Wundermann möchte ich sehen, ich will mit Freuden, trotz meiner 60 Jahre, noch einmal bei ihm in die Lehre gehen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 4. Juli.

§ **Liquidierung.** Der „Monitor Polski" meldet am 24. Juni (Nr. 142), daß die Liquidationskommission zu Posen am 5. März d. J. die Enteignung des Rentengutes Wensiorri (Węsiory) im Kreise Karthaus (Kartus), Größe 8848,16 Hektar, Besitzer Valentin Kehr, beschlossen hat.

§ **Ein Vieh- und Pferdemarkt** findet am Dienstag, 8. d. M., auf dem hiesigen Schlachthaushof statt.

§ **Ertrunken.** Am 2. Juli, nachmittags 5 Uhr, badete der 13jährige Sohn des städt. Rieselmeisters Smigielski ohne Erlaubnis in dem auf den Rieselfeldern in Brahnau gelegenen Teiche. Nach einer Stunde fand ihn sein Vater dicht am Ufer des Teiches als Leiche. Alle Versuche, ihn ins Leben zurückzurufen, waren ergebnislos. Der Kleine, welcher einen kleinen Handwagen gezogen hatte, war wahrscheinlich erhitzt und hat sofort beim Hineingehen ins Wasser Herzschlag bekommen.

§ **In polizeilicher Aufbewahrung** befindet sich eine silberne Taschenuhr mit Goldrand und englischer Aufschrift. Wer Eigentumsrecht nachweisen kann, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Wilhelmstraße 21 (Jagiellońska), Zimmer 71, während der Dienststunden von 8—2 Uhr zu melden.

§ **Sachschaden** im Betrage von etwa 60 Złoty verursachte gestern ein mit Regalen beladener Militärwagen, der vor dem Hause Thorner Straße 170 (Toruńska) eine Straßenlaterne umfuhr.

§ **Diebstähle.** In einer Wäschefabrik in der Töpferstraße 17 (Zduny) wurde Wäsche im Werte von 100 Złoty gestohlen. Der Täter konnte ermittelt und die Wäsche zurückgegeben werden. Aus einem Laden in der Nakeler Straße 8 (Nakielska) wurden 100 Złoty entwendet. Auch hier gelang es, den Dieb festzunehmen.

§ **Ein vielversprechendes Früchtchen** ist jener 10jährige Junge, der aus einer Ladenkasse in der Ritterstraße Nr. 17 (Rycerska) 45 Złoty gestohlen hat. Der jugendliche Dieb hält sich verborgen.

§ **Festgenommen** wurden gestern ein Dieb, drei Betrunkene und zehn Sittendirnen.

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

* * *

* **Birnbaum,** 3. Juli. Beim Baden in der kleinen Warthe hier geriet ein 10jähriges Mädchen in die Hochwasserströmung und wurde abgetrieben. Kurz entschlossen sprang der 12jährige Schulknabe Wladislaus Mika dem Mädchen nach, faßte es am Arm und brachte es durch Schwimmen wieder ans Ufer. Ohne die Hilfe des Knaben wäre das Mädchen unrettbar verloren gewesen.

* **Inowrocław,** 3. Juli. Die Bevölkerungszahl der Stadt belief sich im Monat Mai laut einer vom Magistrat veröffentlichten Statistik auf insgesamt 27 022 Personen, darunter 25 876 Polen, 964 Deutsche, 128 Juden und 54 Personen anderer Nationalität. Dem Glaubensbekenntnis nach läßt sich obige Zahl wie folgt einteilen: 25 890 römisch-katholischer Konfession, 934 evangelischer, 128 jüdischer, 51 griechisch-katholischer und 19 anderer Konfession. Im Laufe des Mai starben 48 Personen, während die Zahl der Geburten sich auf 72 belief. Aus Inowrocław verzogen sind 105, zugezogen dagegen 183 Personen.

Handels-Rundschau.

Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 3. Juli. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 23,54, 23,65—23,43; Holland —, 196,29—194,35; London 22,47—22,40, 22,51—22,29; Neuyork 5,18½, 5,21—5,16; Paris 26,81, 26,94—26,68; Prag 15,27, 15,34—15,20; Schweiz 92,30, 92,76—91,84; Wien 7,32, 7,35—7,29; Italien 22,32—22,27, 22,38—22,16. — Devisen: Dollar der Vereinigten Staaten 5,18½, 5,21—5,16.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 3. Juli. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Rentenmark 138,278 Geld, 138,972 Brief, 100 Złoty 111,47 Geld, 112,03 Brief, 1 amerikanischer Dollar 5,7805 Geld, 5,8095 Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief, Berlin 100 Billionen Reichsmark 137,605 Geld, 138,295 Brief, Warschau 100 Złoty 110,72 Geld, 111,28 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtlose Auszahlungen in Mark	In Billionen 3. Juli Geld	In Billionen 3. Juli Brief	In Billionen 2. Juli Geld	In Billionen 2. Juli Brief
Amsterdam . . 100 Fl.	157.70	158.50	157.70	158.50
Buenos-Aires . 1 Pes.	1.345	1.355	1.345	1.355
Brüssel-Antw. 100 Frc.	19.05	19.15	18.85	19.05
Christiania . . 100 Kr.	56.16	56.44	56.06	56.34
Kopenhagen . . 100 Kr.	66.58	68.92	66.93	67.17
Stockholm . . . 100 Kr.	111.12	111.68	111.12	111.68
Helsingfors 100 finn M.	10.47	10.53	10.47	10.53
Italien . . . . 100 Lira	18.05	18.15	18.03	18.13
London . . 1 Pfd. Strl.	18.135	18.225	18.125	18.215
Neuyork . . . . 1 Doll.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . . . 100 Frc.	21.65	21.75	21.59	21.69
Schweiz . . . . 100 Frc.	74.41	74.79	74.41	74.79
Spanien . . . 100 Pes.	54.76	55.04	55.36	55.64
Lissabon . . 100 Escudo	11.47	11.53	11.47	11.53
Japan . . . . . . 1 Yen	1.765	1.775	1.765	1.775
Rio de Janeiro 1 Milr.	0.44	0.45	0.445	0.455
Wien . . . . 100000 Kr.	5.91	5.93	5.91	5.93
Prag . . . . . . 100 Kr.	12.27	12.33	12.29	12.35
Jugoslavien 100 Dinar	4.96	4.84	4.91	4.93
Budapest . . 100000 Kr.	5.09	5.11	5.09	5.11
Sofia . . . . . 100 Leva	3.03	3.05	3.04	3.06
Danzig . . . 100 Gulden	72.54	72.90	72.50	72.86

Züricher Börse vom 3. Juli. (Amtlich.) Warschau 109, Neuyork 5,61½, London 24,33, Paris 28,95, Wien 79½, Prag 16,50, Italien 24,18¾, Belgien 25,67, Holland 211⅞, Berlin 1,84½.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für 1 Goldmark 1,22 Zł., 1 Dollar, große Scheine 5,13—5,16 Zł., kleine 5,11 Zł., 1 Pfund Sterling 22,30 Zł., 100 franz. Franken 26,30 Zł., 100 Schweizer Franken 91,40 Zł.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 3. Juli. Für nom. 1000 Mkp. in Złoty. Wertpapiere und Obligationen: 6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred. 3,50. Bony Złote 0,60. — Bankaktien: Bank Przemysłowców 1.—2. Em. (exkl. Kupon) 2,20. Bank Zw. Spółek Zarobk. 1.—11. Em. (exkl. Kupon) 3,80. — Industrieaktien: H. Cegielski 1.—9. Em. (exkl. Kupon) 0,60. Centrala Rolników 1.—7. Em. (ohne Kupon) 0,65. Garbarnia Sawicki, Opalenica, 1. Em. 0,80. C. Hartwig 1.—6. Em. (ohne Bezugsrecht) 0,55. Hartwig Kantorowicz 1.—2. Em. 2,50. Lubań, Fabryka przetw. ziemn. 1.—4. Em. 50. Młyn Parowy w Gnieźnie 1. Em. 1,75. Płótno 1.—3. Em. 0,40. Pozn. Spółka Drzewna 1. bis 7. Em. (exkl. Kupon) 0,75. Starogradzka Fabr. Mebl. 1.—2. Em. 0,40. „Unja" (früher Bentzki) 1. u. 3. Em. 4,90. Waggon, Ostrowo, 1.—4. Em. 1,60. Wytwornia Chemiczna 1.—6. Em. (exkl. Kupon) 0,35. Tendenz: unverändert.

Produktenmarkt.

Danziger Getreidenotierungen vom 3. Juli. (Nicht amtlich.) Großhandelspreise waggonfrei Danzig. Weizen 21—12,20, Roggen 7,30—7,50, Gerste 7,70—8,10, Hafer 7,50—8,00, kleine Erbsen 7,50 bis 9,50, Viktoriaerbsen 12,00—19,00.

Berliner Produktenbericht vom 3. Juli. Amtliche Produktennotierungen per 1000 Kg. ab Station. Weizen märk. 139—144, Tendenz beständig, Roggen märk. 128—135, beständig, Sommergerste 138—147, Futtergerste 127—135, still, Hafer märk. 124—134, ruhig, Weizenmehl für 100 Kg. 21¼—23¾, beständig, Weizenkleie 8,40, beständig, Roggenkleie 860, beständig, Raps 220, beständig, Leinsaat 260—280, beständig, Viktoriaerbsen 19—20, kleine Speiseerbsen 13—15, Futtererbsen 11—12, Peluschken 11—14, Ackerbohnen 14—15, Wicken 12—13, blaue Lupinen 9—10, gelbe Lupinen 13½ bis 14½, Rapskuchen 9, Leinkuchen 18—19, Trockenschnitzel 7—7,20, Kartoffelflocken 17½—18.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 3. Juli in Krakau 1,34 (1,62), Zawichost 1,25 (1,22), Warschau 1,58 (1,65), Płock 1,00 (1,11), Thorn 1,24 (1,40), Fordon 1,37 (1,51), Culm 1,35 (1,50), Graudenz 1,42 (1,58), Kurzebrak 1,92 (2,13), Montau 1,46 (1,61), Piekel 1,42 (1,58), Dirschau 1,48 (1,66), Einlage 2,30 (2,26), Schiewenhorst 2,52 (2,52) Meter. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.
Hierzu: „Der Hausfreund" Nr. 59.

Es hat dem Herrn über Leben und Tod gefallen, unsern einzigen, innigstgeliebten Sohn und Bruder 18542

Fritz Köller

nach kurzem schweren, mit großer Geduld getragenem Leiden im blühenden Alter von 21 Jahren am 1. Juli in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bittet

Familie Köller.

Grabówiec, den 2. Juli 1924.

Beerdigung Sonnabend nachmittag 2 Uhr.

Danksagung.

Für die erwiesene herzliche Teilnahme und Kranzspenden beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen

Max Zacharek 9195

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten **herzlichen Dank.**

Franz Zacharek u. Frau.

Fordon, den 3. Juli 1924.

Hebamme

erteilt Rat u. nimmt Bestellungen entgegen.

R. Skubinska,

Bydgoszcz-Wilczak, Nakielska 17, 2 Trepp.

Feinbrot

32 groszy,

Landbrot

31 groszy 18494

Schweizerhof,

Sp. z o. o.

Gedenket Eurer Toten!

Um es in der Zeit der schweren Wirtschaftskrise zu ermöglichen, daß ein Jeder seinen Verstorbenen einen Grabstein setzen lassen kann, gibt die seit über 26 Jahren am hiesigen Orte wegen ihrer haltbaren, sauberen, **billigen** Arbeit weit bekannte Steinwarenfabrik des Steinmetzmeisters **G. Wodsack, Dworcowa 79,** zufolge **billigen** Einkaufs und einer ganz besonders praktischen Arbeitsweise, Grabmale und Grabumfassungen aus bestem Material gefertigt, **zu sehr niedrigen Preisen** ab. Genaue Beachtung der Firma u. Hausnummer 79 bürgt für **kulante** und beste Bedienung.

Telefon 651. 18092

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.

Sonntag, den 6. Juli 1924. (3. n. Trinitatis).

Bromberg. Paulskirche. Vorm. **8** Uhr: Pfr. Favre. Nachm. 5 Uhr: weibl. Jugendpflege im Gemeindehause. Donnerstag, abds. 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindehause, Pf. Wurmbach.

Ev. Pfarrkirche. Vm. 10 Uhr: Pf. Hesekiel. 11¼ Uhr: Fr.-T. 12 Uhr: Kindergottesdienst. Dienstag, abds. 8 Uhr: Blaukreuzversammlung im Konfirmandensaale.

Christuskirche. Vrm. **8** Uhr: Gottesdienst, Pf. Hesekiel.

Ev.-luth. Kirche, Posenerstraße 13. Vorm. 9½ Uhr: Beichte. 10 Uhr: Predigtgottesdienst*, Pfr. Paulig.

Ev. Gemeinsch., Libelta (Bachmannst.) 8. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst, Pred. Harriefeld. 11 Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst. 5 Uhr: Jugendbund, Pred. Harriefeld.

Baptisten-Gemeinde, Pomorska 26. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst, Pred. Becker. 11 Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst*, Pred. Becker Donnerstag, abds. 8 Uhr: Betstunde.

Schleusenau. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Kinder-Gottesdienst. Donnerstag, abds. 8 Uhr: Bibelstunde in Blumwe's Kinderheim.

Schröttersdorf. Vrm. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Kindergottesdiest.

Kl. Bartelsee. Der Frauenverein fällt wegen des Missionsfestes i. Trischiner Walde aus.

Wtelno. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, Pfr. Mattke, Libau. Nachm. 3 Uhr: Missionsfest im Trischiner Walde.

Nakel. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst und Kindergottesdienst. Nachm. 3 Uhr: Gottesdst. in Wertheim.

Braunkohlen-Salonbriketts

„Kaiser“ oder „Lux“

Gross-Vertrieb durch

Maasberg i Stange,

Bydgoszcz, Pomorska 5.

Telefon 900. 18:40 Telefon 900.

Desgl. **Gross-Vertrieb** und **Generalvertretungen** in

Steinkohlen, Hüttenkoks, Gießereikoks, Holzkohle, Rauchkammerlösche, Kalk, Zement.

Drucksachen

aller Art liefert in geschmackvoller Ausführung

A. Dittmann, G. m. b. H., Bromberg,

Wilhelmstraße 16.

Geldmarkt

Solide Kapitalanlage.

Wegen Auswanderung des jetzigen Teilhabers ins Ausland wird stiller evtl. tätiger

Teilhaber

für Industrieunternehmung

sofort gesucht. Sicherstellung des Einlagekapitals auf erste Hypothek. Das Werk ist gut beschäftigt und zurzeit mit Aufträgen überhäuft. Reflektanten ist Gelegenheit geboten, mit wenig und günstigen Einzahlungen eine sichere und gute sowie dauernde Existenz zu erwerben. Offerten erbeten unt. **C. 18558** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

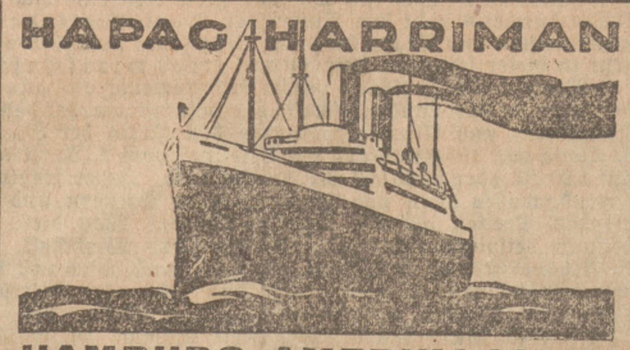
Stellengesuche

Prokurist

Leiter größter Getreidegeschäfte mit erstklassigen Zeugnissen, deutsch und polnisch perfekt, französisch und englisch genügend, sucht Stellung. Angebote unter **B. 18550** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Obligatgeiger

erstklassig, kann auch **Stehgeiger** vertreten, sucht Stellung. Angebote unter **W. 18550** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.



HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES
(HARRIMAN LINE)

Nach

NORD-AMERIKA
SÜD-AMERIKA
CANADA

CUBA — MEXICO, WESTINDIEN AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung, vorzügliche Verpflegung. Unterbringung in Kammern in allen Klassen.

Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK

Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG, Alsterdamm 25
und deren Vertreter

an allen grösseren Plätzen des In- und Auslandes.

17407

Der Herr

kleidet sich elegant bei

Waldemar Mühlstein

Schneidermeister

*ul. Gdańska **150** Danzigerstr.*

Fernruf Nr. 1355.

18091

Junger, lediger

Förster

tüchtiger Forstmann, energisch, grundsätzlich ehrlich, sucht von sof. oder später Dauerstellung als selbständiger unverh. oder Hilfsförster. Angeb. sind zu richten unter **A. 9094** an die Geschäfts. d. Z.

Suche ab 15. 7. oder früher Stellung als

Hof- oder Feldbeamter

1 Jahr Praxis, auf 2000 Morg. gr. Gute. Gute Zeugnisse vorh. Offerten unt. **U. 18546** an die Geschst. d. Ztg.

Dtsch. Handelsschüler

mit guten Zeugnissen, Landwirtssohn, evang. sucht Stellung sofort oder später, im Büro oder auf größer. Gute. Offert. unt. **Z. 18552** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Perfekte

Stenotypistin

m. Sprachkenntn. sucht Stellung als

Sekretärin

auf Gut, auch Ausland. Gefl. Off. u. **R. 9137** an die Geschst. d. Ztg.

Jung. Mädchen sucht Stellung als

Helferin

welches schon ein Jahr in der Apotheke tätig gewesen ist. Off. unt. **A. 18553** a. d. G. d. Z.

Suche f. m. Tochter, 20 J. alt, kathol., mit höh. Schulbild., musikalisch, ein größ. Gut zur **Erlernung des Haushaltes** bei voll. Familienanschluß. Gefl. Angebote u. **Z. 9159** an die Geschst. d. Ztg.

Offene Stellen

Strebsame **Landwirtssöhne**

u. a. jg. Leute erh. Ausb. u. Stell. a. Rechnungsf., Gutsf. 2c. Lehrpl. geg. Porto. — **Ldw. Privatkurse Cottbus,** Dtschld. 18132

Suche für meine Forsten einen akademisch gebildeten, sehr gut empfohlenen

Forstverwalter

zum 1. August d. J. oder evtl. später.
Graf Alvensleben,
Ostromecko. 18544

Jüngere Kraft

firm in Exp. u. Lagerverw., f. gr. landwirtsch. Masch.-Geschäft per sof. od. bald ges. **Branchek., Beherrsch. d. deutsch. u. polnisch. Sprache,** sow. selbständ. flott. Arbeit. Bedingung. Bewerb. **u. W. 18334** an d. G. d. Z.

Tüchtig. **Schuhmachergesell.** stellt ein **Bender,** 9156 **ulica Jezuicka 17.**

Alleinstehender

Schweizer

v. sof. gesucht. **Brunk, Lisiogon, Lochowo.** 9162

Gesucht zu sofortigem Antritt

1 Vorschnitter

mit 10 Männern und 20 Mädchen und Burschen

evtl. auch größere Anzahl von Leuten. Bewerbungen sind zu richten an

Dom. Sośno, powiat Sępólno. 18516

Suche f. meine 40 Mrg. große Landwirtschaft einen tüchtigen

Knecht

Dahlmann, Gasthofbesitzer, Osiek Wielki (Wodek) p. Inowrocław

---

Unverh. Melker

sucht von sofort 18511
Alfred Schmantz,
Mühlenbes., **Brzozowo** p. Chełmno.

Ein gewandtes

Servier-Fräulein

aushilfsweise sofort verlangt. 9173
Konditorei
Julius Grey,
Gdańska Nr. 23.

Tüchtige Masseuse

4× wöchentl. gesucht. Vorst. v. 2-4 Uhr nachm. **Błonia 8, III, r.** 9167

Gesucht zum 1. Okt. evtl. früher evangel. gebildete 18518

Kindergärtnerin

zu 2 Mädels von 3½ und 4½ Jahren. Zeugnisse und Gehaltsansprüche an **Freifrau von Ketelhodt, Sośno, pow. Sępólno.**

Stütze,

ev., für sämtl. Hausarbeit bei Familienanschluß gesucht. Angebote u. **D. 18380** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Junge Mädchen

finden ständige Besch. (Handarb.). **Wyplatanka,** Gdańska 133. 9160

Ein bess. dt. Mädch., gest. auf gute Zeugn., wird f. Danzig ges. Zu erfrag. **Artura Grottgera 4,** 1 Tr., r. 9175

Ehrliches, saub., evgl.

Mädchen

v. Lande, welches schon in Stellung war, zum 15. 7. für **Beamtenhaushalt** in d. Stadt gesucht. Off. u. **A. 9153** a. d. G. d. Z.

Ein **Mädchen** von 14 Jahr. zu zwei Kindern. **Sw. Jańska 16,** 3 Tr. r.

Aufwartefrau

für den ganzen Tag gesucht. Meldung 9157 **Hetmańska 20,** i. Laden.

An- u. Verkäufe

Wollen Sie

verkaufen?

Wend. Sie s. vertrauensvoll an **S. Ruszkowski,** Dom Osadniczy, Poln.-Amerikanisch. Büro für Grundstückhdl, Herm.-Frankest. 1a. Tel. 885. 15478

Achtung!

Habe sehr viele kleine Häuser

von 1—10 Morg. Land und mit freiwerdender Wohnung sehr billig in Rheinland u. Westfalen sofort zu verkf.

Tausche!

Landwirtschaften, Geschäftshäuser

aller Art von Polen nach Rheinland und Westfalen. 9141

Franz Schlicker
in Sterkrade, Steinbrinkstr. 24 (Rheinld.).

In einem Kirchdorfe i. Kreise Stuhm, Bahnstation Groß Waplitz **guteingeführte**

Gastwirtschaft

verbunden mit **Kolonialwaren-Geschäft, eigener Bäckerei** und **Motormühle,** dazu 11 Morgen Ackerland und kompl. Inventar ist sofort unter günstig. Zahl.-Bedingungen zu verkaufen. 18543

Die Uebernahme der Gastwirtschaft kann sof. erfolgen. Das Gebäude ist neu, massiv u. zweistöckig. Die Wirtschaftsgebäude sind massiv.

Auskünfte erteilt

Josef Paczinski,
in **Nikolaiken,**
Kreis Stuhm.

Büro-Schreibtische

(neu) gibt billig ab 9135
Bydgoszcz, Wielkie Bartodzieje, Fordońska 68.

Schlafzimmer

in Eiche und **Damenzimmer** in Mahag., allermod. Ausführung, verk. preisw. 18369 auch auf Teilzahlun

Fabrik
Jackowskiego 33.

Schlafz.-Einrichtg.

Küchen u. versch. and. Möbel verkauft 9155
Schmidt, Długosza 8.

Oval. Ausziehtisch,

Servante u. Teppich suche zu kaufen. Off. u. **A. 9161** a. d. Gschst. d. Z.

Ein fast neues 9173

Eisspind

billig zu verkaufen. Zu erfrag. **Dworcowa 9.**

Nähmaschine, Klappsport- u. gr. Kinderwagen u. Spiegel zu vkf. Pomorska 58, I, l. 9169

Repositorium für Kolonialwaren zu kaufen gesucht. Off. unt. **B. 9154** a. d. Geschst. d. Z.

Ein gebr. D.-Fahrr.

(gegen bar) zu kaufen ges. Off. unt. **C. 9096** an die Geschäftsst. d. Z.

Jagdwagen

und Dogcart preisw. zu verkaufen. Zu erfr. **Rinkauerstr. 47,** I, r. 9123

---

1 Reklamewag.

billig zu verkaufen. **Grodztwo (Hempelstraße) 28.** Telefon 7. 18498

Gut erhaltenes

Ruderboot

6sitzig, mit Rudern, sof. zu vk. **Gdańska 138,** III. Telefon 2001. 9168

---

2 Paar gut erhaltene

Mühlensteine

einschl. Transmissionen sowie 1 **Sichtmaschine** verkauft 18523
Weidner, Znin.

Dienstag, d. 8. d. M., sollen ca. 3½ Morgen

Roggen 9164
auf dem Halm

meistbietend verkauft werden. Sammelplatz: **Kapuścisko małe, ul.** Harcerska (Waldstr.) 5.

---

1 elektr. Motor

für Gleichstrom, 500 Volt, 10 P. S.

1 Dampfkessel

Größe 1,20 b. 1,50 Mtr. Durchm., 2-3 Mtr.-Höhe, für 6 Atm. Druck **zu kaufen gesucht.**
Biuro Handlowe
Ignacy Radoszewski,
Bydg., Jagiellońska 35e
Telefon 1319. 18496

Echte Schweizer

Seidengaze

mit 3 roten Streifen in den Kanten.

Messerpicken, Mühlpicken, Furchenhämmer, Nagelband Gummihämmer, Elevatorgurte, Becher, Schrauben, Treibriemen aller Art

empfehlen

Ferd. Ziegler & Co.
Dworcowa 95. 18199

Kaufe größeres

Unternehmen

bei Anzahlung von 8000 effektiven Dollars oder Umrechnung. Vermittler verbeten. Offerten unter **T. 9151** an die Geschäftsstelle dies. Zeitung.

Büfett

18418

Eiche — hochmodern, erstkl. Ausführung verkauft günstig **ul. Matejki 3.**

Klubsofa

erstkl. Arbeit 18452
verkauft preiswert **ul. Matejki 3.**

Klubgarnitur

Gobelin und Plüschbezug,
verkauft günstig **ul. Lipowa 9, I.** 18451

---

200 Stück

Sofa- und Chaiselonguegestelle und Klubgestelle

verkauft preiswert 18149 **ul. Matejki 3.**

Zentral-Heizung

fast neu, 10 Heizkörper, 112 Glieder. 18507
Angebote an
Lewandowski, Runowo-Kraińskie.

Sprungfedern

in größeren und kleineren Posten, pa. deutsch. Fabrikat 7 und 8 g. verkauft preiswert
ulica Matejki 3. 18450

Fässer

von Wein oder
:: Spirituosen ::

gute transportfähige, kauft u. erbittet Offerten 9139

A. Kopecki,
Essig-Fabrik,
Koronowo.

Telefon 23. Telefon 23.

Bootsmotor

(2 Zylinder) und

Motorkühler

(Komnik) z. verk. Anfr. u. **A. 18535** an d. Gst. d. Z.

Stubben

gespalten, groß. Posten, frei Waggon **Kamienica,** pow. Tuchola, verkauft 18210
Manasterny-Kamienica, poczta Bruszcz, Kr. Więcborka.

Ausgekämmtes 18414

Frauenhaar
und Haarabfälle

kauft höchstzahlend
Haarindustrie
Bydgoszcz, Królowej Jadwigi (Viktoriastr.) 5.

Frauenhaar

kauft 18367
Haargeschäft
Puppenklinik
Bydgoszcz, Dworc. 15.

Wohnungen

Großer Laden

m. Einr. in bester Lage Poznańska, sogleich zu verm. Anfr. m. Brancheangabe unter **B. 18856** an die Geschst. d. Zeitg.

Suche ein. leeren Raum

f. Lager od. Werkst.

mit od. ohne Wohnung. Off. u. **E. 9172** a. d. G. d. Z.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer

sofort gesucht. 18366
C. B. „Expreß“,
Jagiellońska 46/47.

Möbliert. Zimmer

evtl. leer, sucht junges Ehepaar, von sofort. Off. u. **W. 9158** a. d. G. d. Z.

Möbl. Zim. evtl. m. Tel., auch f. Büro geeign., p. sofort zu verm. 9166
Dworcowa 18a, II.